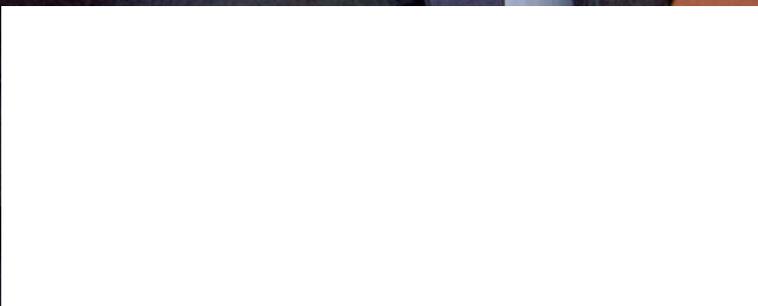


souverän



Für Verdienste um
Versöhnung und
Verständigung:

Senioren-Union ehrt
Michail Gorbatschow



Lesen was gesund macht.

Weitere Themen:

- ▶ **Gerstenkorn:** Wie die Entzündung am Lidrand erfolgreich behandelt wird
- ▶ **Hämorrhiden:** Warum Sie mit Ihrem Arzt darüber sprechen sollten
- ▶ **Pilates:** Welche Übungen Ihre Bauch- und Rückenmuskeln wieder aufbauen
- ▶ **Antibiotika:** Alles über die richtige Einnahme der Infektions-Hemmer
- ▶ **Cellulite:** Wie die „Orangenhaut“ entsteht und was dagegen hilft

Alle 14 Tage NEU
in Ihrer Apotheke.



www.apotheken-umschau.de

*Ich mußte dann Sie hören
wie Sie reden und Sie reden,*



Für erfahrene Zeitgenossen bedeutet Hoffnung in der Regel „ausbarren, aber nicht erfüllen“. Doch Hand aufs Herz, zumindest war der Fall der Mauer in den Herbsttagen des Jahres 1989 und die ihm folgende Wiedervereinigung knapp 11 Monate später doch ein Beweis dafür, dass Hoffnung nicht immer trügerisch ist. Wie heftig war zuvor die CDU gescholten worden, wenn sie unbeirrt am Verfassungsgebot festhielt, in dem es heißt: Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Gut kann ich mich noch an die 80er Jahre erinnern, als wir uns in der CDU stets am 17. Juni im Gedenken an den Volksaufstand in der DDR 1953 in Veranstaltungen zusammenfanden und die Wiedervereinigung unseres Landes als das normale und unverzichtbare Recht eines jeden Deutschen anmahnten. Es gab nicht wenige Neunmalkluge, die uns dabei Irrationalität in der Politik vorwarfen. Und es gab die Ewigfortschrittlichen, die uns gar als kalte Krieger beschimpften, die den Frieden in Europa störten. Stattdessen wurden lauthals die doppelte Staatsangehörigkeit und die vorbehaltlose Anerkennung der staatlichen Teilung gefordert, dazu freundschaftliche Kontakte zur SED mit Mielkes Stasikonsorten als friedensfördernde Maßnahme empfohlen. In manchen Köpfen grassierte bereits eine derartige Verwirrung, dass mehr oder weniger Terror in der DDR mit weniger oder mehr Freiheit gleichgesetzt wurde. In der CDU haben wir zu keiner Zeit den Friedensschalmeien von Stalin bis Breschnew und an ihre Vorschläge zur deutschen Einheit geglaubt. Von „verpassten Gelegenheiten“ zur Wiedervereinigung konnte in der Union schon deshalb nie die Rede sein, weil ihre Deutschlandpolitik in der Hierarchie der Werte immer vom Grundsatz Freiheit vor Einheit bestimmt war. Und diesen haben die Deutschen in der früheren DDR schließlich selbst bestätigt, als sie zuvorderst die Freiheit zum Symbol des zu vereinigenden Deutschlands machten. Welcher Triumph für die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern, und welches unwiderlegbare Zeugnis für ihren Mut und ihre Zuversicht damals, von dem sich manche Deutsche in den alten Bundesländern eine gehörige Scheibe abschneiden sollten.

Die Hoffnung auf Einheit war am Ende doch nicht trügerisch, und der Gedenktag zum 17. Juni 1953 ist auch nicht nur als arbeitsfreier Tag im Gedächtnis geblieben. „Wer von der Hoffnung lebt, der tanzt ohne Musik“, so lautet ein Sprichwort aus Großbritannien. Na und? Dann haben die Deutschen eben mal ohne Musik getanzt, zum Schluss recht gut sogar gemeinsam auf der Mauer. Und aus den Steinen der Mauer wurden Brücken gebaut, über die ehemals getrennte Nachbarn den Weg zueinander fanden, und zwar durch eine Revolution, die es zuvor noch nie gegeben hatte, nämlich friedlich und ohne Blutvergießen.

Apropos, wie war das doch mit den „blühenden Landschaften“? Wer nicht nur die auch abgrundtief widerwärtig aussehende Mauer in Berlin gesehen, wer die Befestigungen an der innerdeutschen Grenze, die Wachtürme, Selbstschussanlagen, Minen vor Augen hat, wo Menschen grausame Verletzungen und gar den Tod erleiden mussten, nur weil sie in die Freiheit gelangen wollten, wer um das Los jener bedauernswerten Menschen weiß, die von Mielkes Terrorstrolchen drangaliert, gequält und gedemütigt wurden, wer

seine Kinder durch Zwangsadoption, sein Vermögen durch Raub der SED verlor, wer als junger Mensch aus politischen Gründen oder seiner Treue zur Kirche wegen nicht den gewünschten Beruf erlernen durfte, wer das alles erleiden musste, für den waren nach der friedlichen Revolution die neuen Landschaften blühende Landschaften. Was denn sonst! Und schließlich darf noch ein anderer Hinweis gestattet sein, jedenfalls für alle, die die DDR vor der Wende kannten. Wer heute die wunderschönen und traumhaften Landschaften in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg mit wachen Augen durchstreift, wird nicht leugnen können, dass sich 25 Jahre nach dem Fall der Mauer vieles zum Guten gewandt hat.

Gewiss, nicht alle Blütenträume der Menschen gingen nach der Wende in Erfüllung. Vielleicht können die Erinnerungen an die Euphorie beim Mauerfall, als sich die Menschen vor Freude in den Armen lagen, einen neuen Schub auslösen, der denen mehr Aufmerksamkeit schenkt, die sich als Verlierer der Einheit fühlen. Auch sie müssen mitgenommen werden.

Und schließlich soll am Tag des Mauerfalls an zwei Männer erinnert werden. Einer von ihnen ist Helmut Kohl, der Kanzler der deutschen Einheit, der mit Klugheit, Geschick, Zielstrebigkeit und mit gebotener Weitsicht und der Unterstützung vieler Gleichgesinnter die Gunst der Stunde nutzte, die Einheit unseres Landes zu erreichen. Der andere ist Michail Sergejewitsch Gorbatschow, dem wie kaum einem anderen mehr der Dank und die Anerkennung der Deutschen gebührt. Er war es, der durch seine Glasnost- und Perestroikapolitik den Weg zur Einheit unseres Vaterlandes und der Europas ebnete, in dem die Grenzen die Völker nicht mehr trennen.

Für die Senioren-Union der CDU war es eine große Freude, Michail Gorbatschow für seine Verdienste um den Frieden die „Goldene Medaille für Verdienste um Versöhnung und Verständigung unter den Völkern“ zu überreichen. Es war eine Sternstunde für die erfolgreiche Vereinigung der Älteren in der Union, die noch Krieg und Nachkriegszeit erlebt haben und die wissen, was Frieden bedeutet, als sie dem Friedensnobelpreisträger als Deutsche diese deutsche Auszeichnung überreichten. „Wir Ältere“, so das Credo des Laureaten in seiner Dankesrede, „haben die Pflicht, nicht einfach nichts mehr zu tun!“ Recht hat er!

*Mit freundlichen Grüßen
Otto Wulff*

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands



Impressum

Herausgeber
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag

Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 30 · 52153 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt

Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:

70800 Exemplare über personali-
sierten Posteinzelvertrieb, davon
58000 an Senioren-Union-Mitglie-
der und 12800 an CDU-Funktions-
und Mandatsträger

Leserzuschriften an:

Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:

Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:

Chefredakteur: Andreas Oberholz
Tel. 02056 - 5 73 77
Fax 02056 - 6 07 72
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:

Claus Bernhold, Wolfgang Börnsen,
Norbert Hanisch, Kathrin
Klausmeier, Peter Kleinert, Leonhard
Kuckart, Kardinal Reinhard Marx,
Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery,
Fabian Schalt, Prof. Patrick
Sensburg, Prof. Dr. Otto Wulff,
Ulrich Winz, Cornelia von Wrangel

Bildnachweis:

Picture alliance/Tobias Hase,
Daimler-Benz, wikimedia,
fotolia, Roland Rochlitzer, tegut,
Senior-Experten-Service (SES),
Marco Urban

Titelfoto: Marco Urban

Titelthema:

Verleihung der Goldenen Medaille der Senioren-Union an Michail Gorbatschow

6 In Würde sterben können

Ein Beitrag zur aktuellen Diskussion um die Sterbehilfe von Kardinal Reinhard Marx, dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz

7 Hilfe zum Leben leisten

Die Position der deutschen Ärzteschaft zur Sterbehilfe, skizziert von Prof. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer

8 Was sind die Älteren noch wert?

Bescheren die Alten der Gesellschaft nur Kosten, oder tragen sie mit ihrem Engagement auch zum gesellschaftlichen Fortschritt bei?

10 Unterschätzen Sie unsere Ruheständler nicht!

Daimler holt Fachkräfte aus dem Ruhestand zurück, um ihre Erfahrung weiter zu nutzen

12 Die wundersame Geschichte der Frau A.

In Deutschland haben mehr als eine Million Menschen einen Betreuer, weil sie ihren Alltag nicht mehr selbst regeln können. Ein bedrückendes Fallbeispiel ...

15 Weltweit unterwegs

Ein Porträt des Senior Experten Service (SES)

18 Es brennt am Rentenhimmel

Die Altersarmut wächst, immer mehr Rentner brauchen staatliche Unterstützung. Ein Beitrag von Leonhard Kuckart, dem stv. SU-Bundes- und NRW-Landesvorsitzenden

19 Das Parlament im Kampf mit den Geheimdiensten

Ein Zwischenbericht zur Arbeit des NSA-Untersuchungsausschusses von Prof. Patrick Sensburg

20 „Wir Moslems können nicht gleichzeitig mit euch existieren“

Ein Beitrag von Peter Kleinert, Ex-Südosteuropa-Korrespondent der ARD

22 Schulwissen oder familiäre Erinnerungen?

Eine Untersuchung zur Ostalgie 25 Jahre nach dem Mauerfall

24 Von Braunkohle, Bauwirtschaft und Blumentöpfen

Wie erging es den einfachen Menschen im Strudel der Zeitenwende nach dem Mauerfall? Ein ganz persönlicher Erfahrungsbericht von 1989 bis heute ...

26 Eine große demokratische Leistung ...

Fragen an Rainer Eppelmann, eine der wichtigen handelnden Personen bei Mauerfall und Wiedervereinigung

27 Vorsicht vor Scheinsicherheit

Ein Interview mit Eugen Brysch, Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, zum Service-Angebot „Post persönlich“

29 Leserbrief

30 In Dankbarkeit und Anerkennung

Ohne Gorbatschow keine Wiedervereinigung: In der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin verlieh die Senioren-Union am 10. November dem ehemaligen sowjetischen Ministerpräsidenten Michail Gorbatschow die Goldene Medaille für Verdienste um Versöhnung und Verständigung unter den Völkern

34 Aus der Senioren-Union

35 Nachrichten aus der Europäischen Senioren-Union (ESU)

36 Mitverantwortlich sind wir alle!

Ein Beitrag zur Gewalt in den Medien von Wolfgang Börnsen, dem stv. Bundesvorsitzenden und SU-Landesvorsitzenden in Schleswig-Holstein

39 Die Rückkehr der Tante-Emma-Läden?

Über den Versuch von tegut, mit Mini-Supermärkten Versorgungslücken zu füllen

39 Buchtipps

Gesund und fit – auch im Alter

Weitere Themen:

- ▶ **Medizin für Ältere:** Warum Geriatrie-Fachleute für die Therapie so wichtig sind
- ▶ **Schöne, reife Haut:** Experten geben Ihnen Tipps für die richtige Pflege
- ▶ **Rechtzeitig vorsorgen:** Was Sie über Patientenverfügung & Co. wissen müssen
- ▶ **Gemüseküche für zwei:** Gesunde Rezepte rund um den Fenchel
- ▶ **Beweglich bleiben:** Wie Sie ganz gezielt Ihre Oberschenkel trainieren

Jeden Monat neu
in Ihrer Apotheke.



www.senioren-ratgeber.de

Sterbehilfe:

In Würde sterben können

Ein Beitrag von Kardinal Reinhard Marx, dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz

Die Position der Senioren-Union:

Die Senioren-Union spricht sich gegen jedwede geschäftsmäßige oder durch eine Organisation durchgeführte Sterbehilfe aus. In einem Antrag an den 27. Bundesparteitag der CDU im Dezember fordert sie, dass bei einer Neuregelung des Sterbehilfegesetzes eine klare Abgrenzung zwischen zulässigen ärztlichen Handlungsweisen und gewinnorientierter Sterbehilfe vorgenommen wird.

Das Thema Sterbehilfe geht uns alle an! Die Debatte, die wir in diesen Wochen und Monaten in der Öffentlichkeit erfahren, fordert uns heraus – als Gesellschaft, als Kirche, als Parteien. Vor allem richten wir den Blick auf die Sorgen und Ängste der Menschen, an ihrem Lebensende unnützlich und einsam zu sein, an unerträglichen Schmerzen zu leiden oder nicht mehr über sich selbst bestimmen zu können. Wir brauchen keine Anleitung zum Töten, sondern wir brauchen Hilfe zum menschenwürdigen Sterben, darauf kommt es an.

Haben schwerstkranke und alte Menschen ein Recht, von ihrem Leiden erlöst zu werden, indem ihr Leben aktiv beendet wird? Eine Gruppe von Medizinern hat diese Forderung an die Politik gestellt, dass Ärzten unter bestimmten Bedingungen die Beihilfe zur Selbsttötung erlaubt werden soll. Andere gesellschaftliche Meinungen gehen noch einen Schritt weiter. Sie verweisen auf den Wert der individuellen Autonomie und fordern das Recht ein, dem eigenen Leben auch selbstbestimmt ein Ende setzen zu dürfen.

Wir Bischöfe sehen jegliche Formen der Beihilfe zum Suizid – sei es durch Organisationen oder durch Einzelpersonen – als ethisch nicht vertretbar an. Auch wenn dem Menschen ein unbestrittenes Recht auf Selbstbestimmung zukommt, so kann sich dieses doch nicht auf den Anfang und das Ende des Lebens als solches erstrecken: Sie

sind der Verfügung des Menschen entzogen. Wir Christen glauben daran, dass Gott den Menschen als sein Abbild geschaffen und ihm eine unantastbare Würde verliehen hat. Diese Würde gründet nicht in seiner Leistung oder in dem Nutzen, den er für andere hat. Sie folgt daraus, dass Gott ihn bejaht. Aus Sorge um den Menschen setzen wir uns dafür ein, dass das Leben eines jeden Menschen – gerade auch in der Nähe des Todes – bis zuletzt geschützt wird. Würden wir die Patientenautonomie auf die aktive Sterbehilfe und die Beihilfe zur Selbsttötung ausweiten, würden wir Gefahr laufen, die fürsorgliche Begleitung und den Schutz der Würde der Schwächsten in unserer Gesellschaft zu vernachlässigen, denn darauf kommt es an. Das müsste das zentrale Thema der Debatte sein.



Ich beobachte mit Sorge, dass in Deutschland Organisationen aktiv sind, die Menschen ihre Unterstützung bei dem Wunsch nach einer vermeintlich einfachen Möglichkeit der Selbsttötung anbieten. Es muss verhindert werden, dass solche Angebote als normale gesellschaftliche Dienstleistung wahrgenommen werden. Es darf nicht möglich sein, dass Organisationen den assistierten Suizid anbieten und womöglich damit Profite machen. Auch eine Mitwirkung des Arztes am Suizid darf nicht rechtlich erlaubt werden. Sie widerspricht dem ärztlichen Ethos des Heilens. Dann kommen wir auf eine schiefe Bahn, die im Grunde Töten legitimiert.

Aus vielen Gesprächen weiß ich, dass der Wunsch zu sterben oft aus Angst oder depressiven Phasen resultiert. Einen Menschen in einer solchen Situation ernst zu nehmen kann nicht einfach bedeuten, genau das zu machen, was er äußert. Wäre es gesetzlich erlaubt, sich in solchen Lebenssituationen töten zu lassen, würden der innere und äußere Druck auf alle Schwerkranken

und Pflegebedürftigen noch mehr zunehmen. Sie fühlten sich dann nicht mehr von einer selbstverständlichen Solidarität und Hilfe ihrer Mitmenschen getragen, sondern empfänden sich wahrscheinlich noch mehr als Last und unnützlich, wenn sie ihren Platz nicht räumten. Hier von freier Willensentscheidung zu sprechen erscheint mehr als fragwürdig.

Wenn wir also die Humanität schützen und die Freiheit des Sterbenden wahren wollen, müssen wir einen Schutzraum eröffnen, in dem umfassende medizinische Betreuung und helfende, liebende Annahme stattfinden. Wir werden der Würde der Sterbenden dann gerecht, wenn wir sie fürsorglich und mitfühlend betreuen. Dazu gehört, Sterben-

de schmerztherapeutisch zu versorgen, ihnen bestmögliche Pflege zuteilwerden zu lassen und den Tod nicht künstlich hinauszuzögern, wenn es keine Chance mehr auf Heilung gibt. Oft ist es auch wichtig, den Menschen in der letzten Phase ihres Lebens seelsorglich beizustehen.

Als Kirche drängen wir deshalb auf eine Ausweitung der Hospizangebote und eine Verbesserung der Palliativmedizin. Es kommt in diesem Zusammenhang darauf an, den Menschen die Erfolge des medizinischen Fortschritts in positiver Weise zugänglich zu machen. Das wird auch etwas kosten. Wir engagieren uns in diesem Bereich seit langem vielfältig, denn als Christen sind wir ganz besonders für die Leidenden da. Wir

wollen durch unsere Einrichtungen und engagierten Mitarbeiter sagen können: Gebt uns die Sterbenden! Wir lassen sie nicht allein auf ihrem letzten Weg. Deshalb ist die Kirche selbst Träger zahlreicher ambulanter und stationärer Einrichtungen für Palliativ- und Hospizversorgung. Unter anderem stellt der Deutsche Caritasverband ein breites Angebot für schwerstkranke und sterbende Menschen und ihre Angehörigen bereit, das neben den medizinischen Anteilen auch eine zugewandte Seelsorge umfasst. Außerdem leisten viele ehrenamtliche Hospizhelferinnen und Hospizhelfer einen wertvollen Dienst, indem sie Menschen im Sterben begleiten. All dieses Engagement macht deutlich: Es ist in unserem Land möglich, in Würde zu sterben. ■

Diskussionen um die Sterbehilfe:

Hilfe zum Leben leisten

Sollen Ärzte Beihilfe zum Selbstmord leisten können? Die Diskussion über rechtliche Regelungen des assistierten Suizids ist in vollem Gang. Ein Namensbeitrag von Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer.

Es ist gut, dass wir intensiv über eine gesetzliche Regelung zum assistierten Suizid debattieren, denn hier prallen unterschiedliche ethische Einstellungen, religiöse Überzeugungen und individuelle Erfahrungen aufeinander. Im Kern dreht sich die Debatte um drei Fragen: Wollen wir eine organisierte Sterbehilfe? Wer soll Sterbehilfe leisten dürfen? Wo ziehen wir die Grenze zur Tötung auf Verlangen? Ich denke, in der ersten Frage besteht große Einigkeit. Wir müssen der gewerksmäßig organisierten Sterbehilfe und den nur scheinbar altruistischen Sterbehilfevereinen das Handwerk legen. In unserer Gesellschaft darf kein Platz sein für Todesengel, die Giftcocktails reichen und damit Geschäfte machen wollen.

Schwieriger zu beantworten ist die Frage, wer Sterbehilfe leisten können soll. Ärzten ist in Deutschland die Beihilfe zum Suizid

verboten. Zwar können sie nicht strafrechtlich belangt werden, sehr wohl aber durch das Berufsrecht. Diese Unterscheidung gibt es aus gutem Grund. Das Berufsethos verpflichtet den Arzt, Hilfe zum Leben zu leisten, nicht Hilfe zum Sterben. Leider sind die guten medizinischen Möglichkeiten zur Begleitung Sterbender, wie Schmerztherapien, Palliativmedizin oder Hospize, zu wenig bekannt. Unsere ärztliche Erfahrung sagt: Sehr viele Schwerkranke, die nur noch den Tod als Ausweg sehen, entscheiden sich für das Leben, wenn ein Arzt ihnen diese Alternativen aufzeigt.

Nun schlägt eine Gruppe von Medizinern und Juristen vor, Ärzte sollten in streng geregelten Ausnahmefällen ein tödliches Mittel verschreiben dürfen, ohne sich am Suizid selbst zu beteiligen. Aber dieser Weg führt in die Irre. Er reduziert den Arzt zum Todes-

cocktailverschreiber, der dem Patienten gerade in der schwersten Stunde seines Lebens, im Tod, nicht zur Seite stehen darf. Der ärztlich assistierte Suizid eröffnet nur scheinbar Freiräume, in Wirklichkeit jedoch engt er das Leben ein. Auf diejenigen, die unheilbar krank, dement oder vereinsamt sind, wüchse der gesellschaftliche Druck.

Das aber wollen die Menschen nicht. Diejenigen, die als Gesunde, weit entfernt von der konkreten Entscheidung zwischen Leben und Tod, für die ärztliche Sterbehilfe plädieren, glauben, dass Ärzte den Suizid dann für sie übernehmen. Das aber wäre Tötung auf Verlangen, und die muss verboten bleiben – sie wäre der Schritt zur Euthanasie. Die bessere Alternative zum schnellen Tod ist die Sicherheit einer optimalen Behandlung, eines würdigen Lebens und natürlichen Sterbens. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. ■

Der Autor:

Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, geb. 1952 in Hamburg, ist Radiologe. Von 1989 bis 2007 bekleidete er das Amt des Ersten Vorsitzenden des Bundesvorstandes der Ärztegewerkschaft Marburger Bund, deren Ehrenvorsitzender er seit 2007 ist. Ebenfalls 2007 wurde er zum Vizepräsidenten der Bundesärztekammer berufen. Am 2. Juni 2011 wurde er zu deren Präsident gewählt.



Was sind die Älteren noch wert?



Häufig wird das Bild älterer Menschen auf die Kosten reduziert, die sie der Gesellschaft bescheren. Doch dieser recht eindimensionale Blick trägt. Viele Senioren tragen mit ihrem Engagement zum gesellschaftlichen Fortschritt bei – und nehmen ihr politisches Schicksal nebenbei gleich selbst mit in die Hand.

Sibylle van Schnoor weiß, was ältere Menschen antreibt. Und genauso gut weiß sie um die Bedürfnisse junger Familien. Und um beides unter einen Hut zu bringen, hat die Karlsruherin das Projekt ‚Alt und Jung – Hand in Hand‘ ins Leben gerufen. Betagte Menschen kümmern sich um kleine Kinder. So simpel diese Idee klingen mag, kommt darin doch der Wunsch vieler Seni-

oren zum Ausdruck, sich in ihrem Rentnerdasein nicht auf die faule Haut legen zu wollen, sondern die gewonnene Freizeit aktiv zu gestalten. 140 Senioren sind es, die in der badischen Stadt mittlerweile Kinder betreuen. Dass das Projekt bei den Eltern so gut ankommt, zeigt: Die betagten Leute handeln nicht nur aus Eigennutz. Sie üben eine Beschäftigung aus, die für die Gesellschaft einen bedeutenden Nutzen hat. Der Erfolg des Projektes von Sibylle van Schnoor zeigt, dass auch ältere Menschen mit ihrem Engagement die Gesellschaft voranbringen. Denn nicht erst seit gestern zieht sich ein Riss durch Deutschlands Gesellschaft. Beim Thema Senioren nämlich hadern viele junge Leute mit den Generationen ihrer Eltern und Großeltern. Der Vorwurf: Mit ihrer Wirtschaftsleistung finanzieren die Jüngeren den Lebensstil all derjenigen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind und nun ihre Einkünfte aus der Rentenkasse statt aus eigener Arbeit beziehen. Und nicht nur das. Stetig steigende Pflegekosten drücken auf das Gehalt der Jüngeren – in Form steigender

Abgaben für die Kranken- und Rentenkassen. Die Rentner dagegen wollen diese Vorwürfe nicht auf sich sitzen lassen. Nicht nur, dass die Altersversorgung oftmals vorne und hinten nicht reicht. Sich nach einem jahrzehntelangen Arbeitsleben einfach zur Ruhe zu begeben ist den meisten ein Graus. Sie suchen auch im Alter noch nach einer Aufgabe – dem Beweis, dass die Behauptung zu kurz gegriffen ist, ältere Menschen würden bloß auf Kosten der jüngeren leben. Und in der Tat belegen viele Beispiele, dass gerade die ältere Generation junge Menschen auch immens entlastet.

So hat schon der Freiwilligensurvey, eine Studie des Bundesfamilienministeriums zu den Themen Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt, im Jahr 2009 gezeigt, dass viele ältere Menschen keineswegs den Drang verspüren, die Beine hochzulegen. 37 Prozent der Leute zwischen 60 und 69 Jahren gehen demnach noch einer ehrenamtlichen Betätigung nach, bei den über 70-Jährigen ist es immerhin noch jeder Vierte, der sich sozial engagiert.

Die Betätigungsfelder sind dabei vielfältig und lassen sich keineswegs auf einzelne Bereiche wie die Kinderbetreuung reduzieren. Immer häufiger engagieren sich Senioren nämlich auch in Pflegeheimen oder betreuen betagte Menschen im Alltag – lesen vor, veranstalten Ausflüge oder Spieelnachmittage. Im Sport übernehmen sie die Funktion von Betreuern – und stehen am Wochenende auf dem Fußballplatz und pfeifen die Partien der Nachwuchskicker, statt sich in den eigenen vier Wänden zu langweilen. Auch im Konzept der Mehrgenerationenhäuser, das einst von der ehemaligen Familienministerin Ursula von der Leyen bundesweit ins Leben gerufen wurde, nehmen ältere Menschen eine wichtige Rolle ein: Jüngere Menschen – im Besonderen Kinder und Jugendliche – erfahren in diesen offenen Treffs lebenspraktische Unterstützungen von älteren Menschen. Laut Familienministerium ist jeder Vierte der freiwillig Engagierten in den Mehrgenerationenhäusern jenseits von 65 Jahren. Das wirft die Frage auf: Welchen Stellenwert nehmen Senioren denn nun in einer Gesellschaft ein, in der sie sich einerseits engagieren und auch gebraucht werden – andererseits jedoch immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt sind, als reiner Kostenfaktor einer Gruppe von jüngeren, werktätigen Menschen zur Last zu fallen?

Pflegekosten als leidiges Thema

So sind beispielsweise die Pflegekosten ein leidiges Thema, für das ältere Menschen immer wieder gescholten werden. Der Vorwurf der Jungen: die vermeintliche Ungerechtigkeit, die darin begründet ist, dass selbst Kinder dann noch als Erwachsene für die Pflege ihrer Eltern aufkommen müssen, wenn sie einstmals von ihnen verstoßen wurden. Erst im Februar dieses Jahres hat der Bundesgerichtshof diese Praxis noch einmal höchstinstanzlich autorisiert. Was dabei jedoch häufig übersehen wird: Kinder müssen erst dann für die Pflege ihrer Eltern zahlen, wenn sie selbst gut betucht sind. Die oft zitierte ‚Düsseldorfer Tabelle‘, die den Sozialämtern als Grundlage einer einheitlichen Erhebung von Unterhaltsforderungen dienen soll, sieht für Kinder einen monatlichen Freibetrag von mehr als 3000 Euro vor – Geld, das ihnen in diesem Sinn als Schonvermögen zusteht, bevor sie für die Pflegekosten ihrer Eltern zur Kasse gebeten werden.

Doch nicht nur die eigenen Kinder können zur Zahlung verdonnert werden. Im Bedarfsfall springt der Staat ein – und es ist

am Ende der gemeine Steuerzahler, der unter der Last ächzt, die ihm das deutsche Pflegesystem aufbürdet. Laut Statistischem Bundesamt hat 2012 knapp eine halbe Million Menschen ‚Hilfen zur Pflege‘ in Anspruch genommen – Leistungen also, die für Personen bestimmt sind, die sich ihre eigene Pflege nicht oder nur teilweise leisten können. Insgesamt waren es 3,2 Milliarden Euro an Pflegekosten, die letztendlich am Steuerzahler hängen blieben – 4,5 Prozent mehr noch als im Jahr davor.

Tiefe Sorgenfalten

Auch treibt es manchem Arbeitgeber derzeit tiefe Sorgenfalten ins Gesicht, wenn er über das Rentenpaket nachdenkt, das die Bundesregierung im Januar dieses Jahres verabschiedet hat. Denn dass viele Beschäftigte nun schon ihr Erwerbsleben im Alter von 63 Jahren an den Nagel hängen dürfen, lässt Kritiker der Rentenreform schlimmes befürchten: Wer soll das bezahlen? Wieder einmal werde der Generationenvertrag gebrochen, würden die Rentenkassen geplündert auf Kosten derjenigen, die morgen die Empfänger der Altersleistung sein werden. Schätzungen zufolge wird der Rentenversicherungssatz bis 2050 auf ein Viertel des Arbeitslohns steigen. Gleichzeitig wiederum werde das Rentenniveau sinken: In 36 Jahren werden die Senioren gerade mal 42 Prozent ihres vorherigen Arbeitslohns als Rente ausgezahlt bekommen. Die Schuldigen für diese Entwicklung sind dabei für die Kritiker des Systems schnell gemacht: Die heutigen Senioren plündern mit ihrer Gier nach einer frühen Rente die Vorsorgekassen. Und nicht nur das: Mit ihrem verfrühten Ausscheiden leisten sie auch noch dem allseits drohenden Fachkräftemangel Vorschub. Kein Wunder, dass die Personalverantwortlichen einen Albtraum erleben: Einerseits müssen sie die zusätzlichen Löcher stopfen, welche die Rente mit 63 in ihre Mitarbeiterschaft reißt. Andererseits steigen die Lohnkosten für die Verbliebenen unaufhörlich.

Dass solche Zahlen und Entwicklungen den idealen Nährboden für Parolen liefern, ist kein Wunder. „Die Rente mit 63 ist eine Reform auf Kosten der Jungen“, bringt es Walter Roller, Redakteur in Diensten der ‚Augsburger Allgemeinen‘, aus seiner Sicht auf den Punkt. „Wenn dieses System weiter funktionieren und es irgendwie gerecht zugehen soll, dann dürfen die Jungen nicht überstrapaziert werden. Aber genau das zeichnet sich nun ab“, so seine Argumentation. Derzeit ist es neben der ‚Rente mit

63‘ auch die sogenannte Mütterrente, welche diejenigen auf den Plan ruft, die das System der Altersversorgung in Deutschland vor dem Kollaps sehen. Renten von Müttern und Vätern von Kindern, die vor 1992 geboren wurden, um 28 Euro pro Monat zu erhöhen sei de facto ein weiteres Ausbeuten der Beitragszahler. Denn um die 130 Milliarden Euro, welche die Mütterrente voraussichtlich bis 2030 kosten wird, wurde die für dieses Jahr vorgesehene Reduzierung des Rentenbeitrags von 18,9 auf 18,3 Prozent erst einmal auf Eis gelegt.

Fast wie ausgleichende Gerechtigkeit mutet es da an, dass jetzt auch Senioren verpflichtet sind, eine Steuererklärung abzugeben. Tausende Rentner bekamen im Frühjahr des vergangenen Jahres Post von ihren Finanzämtern – mit der Aufforderung, ihre Einkünfte offenzulegen. Grund war das sogenannte Alterseinkünftegesetz, das seit 2005 die Besteuerung von Einkommen aus den gesetzlichen Altersversicherungen regelt: Bis zum Jahr 2020 soll der steuerpflichtige Anteil der Rente peu à peu auf von einstmals 50 auf 100 Prozent angehoben werden. Was zur Folge hat: Die finanzielle Belastung der älteren Menschen wird steigen, da jeder Rentnerjahrgang einen höheren Anteil seiner Rente zu versteuern hat als der vorherige. Das Bundesfinanzministerium hofft, auf diese Weise insgesamt 3,3 Millionen Rentner dazu verpflichten zu können, Steuern auf ihre Alterseinnahmen zu zahlen.

Die Ohnmacht der Senioren angesichts solcher Belastungen wächst stetig; bleibt also die Frage, was sie selbst noch tun können. In vielen Städten mischen sich die Senioren inzwischen selbst aktiv in die Politik ein. Wie im sauerländischen Arnsberg haben sich mittlerweile vielerorts sogenannte Seniorenbeiräte gegründet, die der Lokalpolitik auf die Finger klopfen wollen, wenn es darum geht, die Interessen der älteren Menschen zu berücksichtigen. „Unser Ziel ist es, den Finger in die Wunde zu legen, damit sich in puncto Seniorenfreundlichkeit was tut“, erklärt Inge Nüsken, Vorsitzende des Seniorenbeirates in Arnsberg. Meist handele es sich dabei um recht einfache Dinge, jedoch mit großer Wirkung: Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum, Lieferservices an Markttagen oder Busbegleiter für betagte Menschen. Was zeigt: Es müssen nicht immer die ganz großen Dinge sein, mit denen man die Wertschätzung gegenüber einer ganzen Generation von älteren Menschen ausdrückt. ■

Oliver Schulz

Seniorenarbeit:

Unterschätzen Sie unsere Ruheständler nicht!



Daimler-Benz holt Fachkräfte zurück aus dem Ruhestand, um ihre Erfahrung weiter zu nutzen. Souverän sprach mit dem verantwortlichen Projektleiter, Dirk Clemens.

Herr Clemens, warum greifen Sie verstärkt auf ehemalige Mitarbeiter zurück, welche Vorteile kann ein Konzern wie Daimler daraus schöpfen?

Der Vorteil für Daimler liegt ganz klar in der Kombination des Erfahrungswissens unserer Senior Experts mit den neuen Ideen der Nachwuchskräfte. Von diesen unterschiedlichen Perspektiven und Kenntnissen profitiert unsere Innovationskraft. Hinzu kommt der Aspekt, dass wir mit unserer Initiative „Space Cowboys – Daimler Senior Experts“ die Phase des Wissenstransfers über die Betriebszugehörigkeit hinaus verlängern können. Das Daimler-Netzwerk und das Daimler-spezifische Wissen der Senior Experts ist nicht zu unterschätzen: Besonders bei umfangreichen Projekten wie einem Fahrzeuganlauf ist es Gold wert.

Bei Bosch, dem Pionier der Rentner-Arbeit, gibt es eine eigene Tochterfirma für den Einsatz von Senioren. Wie organisieren Sie das Ganze?

Die Initiative „Space Cowboys – Daimler Senior Experts“ wird bei Daimler von der Personalabteilung gesteuert. Wir haben einen Expertenpool aufgebaut, dort kön-

nen sich Daimler-Mitarbeiter im Ruhestand anmelden und ein Profil erstellen. Seit Beginn der Initiative im Mai 2013 haben sich rund 460 ehemalige Kolleginnen und Kollegen angemeldet. Die Fachbereiche teilen der Personalabteilung mit, wenn sie Bedarf für einen Senior Expert haben. Sie beschreiben die Fähigkeiten, die er oder sie für das Projekt mitbringen sollte. Wenn ein Profil im Experten-Pool mit den Anforderungen des Fachbereichs zusammenpasst, entsteht daraus ein Einsatz.

Wo sind die Grenzen des Senioreneinsatzes, beispielsweise bei strapaziösen Auslandsaufenthalten?

Unterschätzen Sie unsere Ruheständler nicht! Es gibt durchaus Senior Experts, die gerne Geschäftsreisen übernehmen. Selbstverständlich entscheiden unsere Space Cowboys in Absprache mit den Fachbereichen, was für sie in Frage kommt und wie viele Tage sie arbeiten möchten. Die Einsätze sind individuell, von wenigen Stunden im Monat bis zu Projekten, die eine Fünf-Tage-Woche erfordern.

Besteht die Gefahr eines möglichen Konkurrenzdenkens zwischen

Stammebelegschaft und Senior-Experten, und wie ist dem ggf. vorzubeugen?

Wir haben bewusst die Regel etabliert, dass alle Einsätze von Senior Experts auf eine Dauer von sechs Monaten beschränkt sind. Damit ist klar: Es geht um den Wissenstransfer an die Stammebelegschaft. Dabei werden gezielt Erfahrungswerte von den Space Cowboys in bestimmte temporäre Projekte eingebracht. Diese Initiative ist eine Ergänzung zur systematischen Qualifizierung unserer Stammebelegschaft und zur Rekrutierung von Nachwuchskräften.

Glauben Sie, dass das Thema Rentner- bzw. Seniorenarbeit in der deutschen Wirtschaft noch an Bedeutung gewinnen wird?

Was Daimler betrifft, so ziehen wir eine positive Bilanz für die ersten 150 Einsätze von unseren Senior Experts. Wir werden die Initiative fortsetzen und bauen weiterhin auf die Kombination von Erfahrungswissen und neuen Ideen. Die Potentiale, die in der Generationenvielfalt liegen, tragen sicherlich zum Fortschritt in Gesellschaft und Wirtschaft bei. ■

Zwei Menschen, zwei Wege.
Anselm Grün und Walter Kohl über das Leben und die Suche nach dem Sinn. Ein persönliches und berührendes Buch zweier Erfolgsautoren.

www.herder.de

HERDER

Lesen ist Leben



Das erste Kapitel
als exklusive
Leseprobe!



ZUKUNFT FÜR ALLE.

INNOVATIONEN FÜR ALLE.



e-Mobilität von Volkswagen.

Der XL1, der e-Golf und der e-up!

Innovationen sind erst dann wirkungsvoll, wenn sie allen Menschen zugänglich gemacht werden. Deshalb verbindet Volkswagen Qualität mit zukunftsweisender Technologie. Und lässt so eine völlig neue Generation von Auto entstehen. Wie das erste 1-Liter-Auto der Welt, den XL1. Oder rein batterieelektrische Modelle wie den e-Golf oder den e-up!, die bei Verwendung von regenerativ erzeugter Energie zu 100 % emissionsfrei unterwegs sind. Mit Volkswagen ist die Zukunft der Mobilität also schon jetzt auf der Straße angekommen. Und die Energiewende vielleicht einfacher, als wir dachten.

Think Blue.



Das Auto.

Kraftstoffverbrauch des XL1 in l/100km: kombiniert 0,9, Stromverbrauch in kWh/100km: kombiniert 7,2, CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 21. Stromverbrauch des e-Golf in kWh/100km: kombiniert 12,7, CO₂-Emission in g/km: 0. Stromverbrauch des e-up! in kWh/100km: kombiniert 11,7, CO₂-Emission in g/km: 0. Abb. zeigt optionale Sonderausstattungen.

Die **wundersame** Geschichte der Frau A.



In Deutschland haben mehr als eine Million Menschen einen Betreuer, weil sie ihren Alltag nicht mehr selbst regeln können. Frau A., eine alte Dame, gehört dazu. Sie bekommt nicht mit, wie um ihre Person geschachert wird – mit Verdächtigungen, Detektiven, Gerichtsbeschlüssen und Beschwerden dagegen. Seit Jahren geht das so. Dies ist die wundersame Geschichte der Frau A. Es ist nicht die einzige Geschichte in Deutschland.

Frau A. hat an alles gedacht. Sie schreibt ein Testament, setzt mit ihrem Notar eine General- und Vorsorgevollmacht auf, dazu eine Patientenverfügung. Außerdem zieht sie in eine Wohnung, aus der sie ebenerdig in den Garten gehen kann und die genug Platz für eine Pflegerin hat. Eine Frau, die

ihr im Haushalt hilft, gibt es auch, und deren Mann packt an, wenn ein Handwerker gefordert ist. Nichts soll dem Zufall überlassen bleiben. Frau A., kurz nach dem Ersten Weltkrieg geboren, ist schließlich eine kluge, gebildete Frau. Bis die Demenz ihre Sinne trübte.

Frau A. hat – denken wir uns für seinen Namen auch eine Abkürzung aus – Herrn M. zu ihrem Bevollmächtigten bestimmt. Sie kennen sich seit etlichen Jahren, er hilft immer, wenn es etwas zu regeln gibt. Daraus entwickelt sich Vertrautheit zwischen der alten Dame und dem um ein paar Jahrzehnte jüngeren Mann. Frau A. bevollmächtigt Herrn M. also, alle Rechtsgeschäfte und -handlungen an ihrer Stelle vorzunehmen, sich um ihre gesundheitliche Versorgung und gegebenenfalls um eine Unterbringung in einem Heim zu kümmern. Dies solle auch gelten, falls ein Betreuer benannt würde. Ohne es ihm mitzuteilen, macht Frau A. zudem Herrn M. auch noch zu ihrem Erben. Er soll die Hälfte ihres Nachlasses bekommen, die andere Hälfte ein Neffe ihres toten Mannes. Frau A. hat keine Kinder.

Die Zeit geht ins Land. Frau A. hat nicht nur ihren Vertrauten M., sondern auch einen Lebensabschnittgefährten. Mit ihm unternimmt sie viel. Doch er wird schwer krank. Er stirbt. Nach seinem Tod geht es mit Frau A. bergab. Der Geist will nicht mehr so recht, sie hat zum Beispiel immer wieder das Gefühl, Geld oder Schmuck seien weg, gestohlen natürlich.

Zweieinhalb Jahre nach ihrer Unterschrift geht Frau A. im Frühjahr 2011 wieder zu einem Notar, einem anderen, dieses Mal um die Vorsorgevollmacht für Herrn M. zu widerrufen. Werde der Widerruf wirksam, so wird Herrn M. vom Betreuungsgericht mitgeteilt, mache er sich, wenn er die Vollmacht weiter einsetze, strafbar. Herr M. fällt aus allen Wolken. Warum das alles? Der Neffe ihres Mannes hat sich eingeschaltet. Seine Tante habe am Telefon über verschwundenes Geld geklagt, schreibt er dem Gericht, er sei gleich zu ihr gefahren, habe beim Suchen das Testament und die Vollmacht gefunden. Vor einem Notar habe die Tante den Inhalt der beiden Schriftstücke verneint und ein neues Testament gemacht, in dem er, der Neffe, der Haupt-

erbe sei. „Im Namen der Tante“ habe der Anwalt dann Herrn M. den Umgang mit Frau A. verboten. Herr M. soll eine Unterlassungserklärung schicken, andernfalls droht ihm eine satte Geldstrafe. Über Herrn M. heißt es in dem Schreiben, wenn er, der Neffe, seine Tante habe besuchen wollen, sei sie nicht da gewesen,

„Dass die Betreuer auf die Betreuten zu hören haben, ist noch nicht angekommen. Viele verstehen Betreuung immer noch als Entmündigung. Wir wissen viel zu wenig, was in der Praxis passiert.“

Peter Winterstein,
Vorsitzender des
Betreuungsgerichtstags

weil Herr M. sie unter einem Vorwand abgeholt habe. Und: Herr M. sei vielleicht in finanziellen Schwierigkeiten.

Der Neffe regt eine Betreuung an: „Meine Tante ist sehr vergesslich geworden.“ Die Richterin gibt die Akte an die Staatsanwaltschaft weiter, mit der Bitte zu prüfen, ob strafrechtlich relevantes Verhalten von Herrn M. vorliege. Etwa einen Monat später, Anfang Mai 2011, fordert das Amtsgericht ein Kurzgutachten zu dem Gesundheitszustand von Frau A. an. Kann sie ihren freien Willen selbst bestimmen? Es bestellt zudem einen Verfahrenspfleger, der in dem Verfahren, einen Betreuer anzuordnen, ihre Interessen vertreten soll.

Bei ihrer Anhörung Mitte Mai kann sich Frau A. nicht mehr an viel erinnern. Aber sie bekommt wieder Besuch von Herrn M. Er hat sich vier Wochen an das Besuchsverbot gehalten, dann gehört, dass Frau A. sich wundere, wo er bleibe. Da sei er wieder hingegangen, schreibt er dem Gericht, die alte Dame habe das alles nicht gewusst und wünsche sich, dass sie sich gut verstünden, er und der Neffe. Das bleibt jedoch ein frommer Wunsch.

Der Fall spitzt sich weiter zu. Der Neffe berichtet dem Gericht von einem geplanten Gottesdienst-Besuch mit der Tante, der wegen Herrn M. jedoch nicht zustande gekommen sei. Der habe die Tante angeherrscht, sie solle statt mit dem Neffen mit ihm in die Kirche fahren. Es sei außerdem schon wieder etwas verschwunden, schreibt er weiter. Der Verfahrenspfleger wirft Herrn M. vor, sich das Vertrauen von Frau A. erschlichen zu haben und sie um Geld zu bringen. Herr M. nimmt sich nun auch einen Anwalt. Er will Einsicht in die Betreuungsakte. Das nervenärztliche Kurzgutachten stellt bei Frau A. eine Demenzerkrankung fest. Sie sei nicht mehr fähig, ihre Interessen selbst wahrzunehmen. Der Verfahrenspfleger wird allmählich ungeduldig, kein Wunder. In der letzten Zeit häuften sich die Probleme, fast täglich kämen meist vom Neffen ein bis drei Anrufe, sie dauerten zehn bis zwanzig Minuten. Kurz darauf bestellt das Gericht einen Rechtsanwalt zum Betreuer.

Der Rechtsanwalt erhält die Vermögenssorge und den Aufgabenkreis für den Widerruf der Vollmacht. Herr M., der Vertraute von Frau A., legt dagegen Beschwerde ein, er versteht sich immer noch als Bevollmächtigter.

„Angehörige zu bevollmächtigen kann problematisch sein. Denn auch sie handeln miteinander eigennützig. Ich kenne einen Fall, da hat die Mutter keine festen Hausschuhe mehr bekommen. Oft hat das mit Rache zu tun, denn Eltern sind nicht immer nett. Aber jetzt bestimmen die Kinder. Da tun sich Abgründe auf.“

Dietmar Kurze,
Vorsitzender des Vereins „VorsorgeAnwalt“

tigter. Mit ihm hat aber noch keiner gesprochen, weder das Gericht noch der Verfahrenspfleger. Das moniert er auch. Schließlich wird er angehört, berichtet von dem Vertrauensverhältnis zwischen ihm und Frau A., weist den Vorwurf zurück, er habe die Frau bestohlen, und bestreitet auch, davon zu wissen, dass vom Konto von Frau A. mehrere zehntausend Euro abgehoben wor-

den sind. Stattdessen spricht er von seinem Versprechen, für Frau A. sorgen und ihre Angelegenheiten regeln zu wollen.

Der amtlich bestellte Betreuer geht ans Werk. Er widerruft die Vorsorgevollmacht, zeigt Frau A. ein Seniorenheim in der Nähe des Neffen, das heißt, sie schauen es sich zu viert an: Frau A., der Neffe, dessen Frau und der Betreuer. Frau A. findet das Altersheim zwar schön, aber sie will nicht „nach da oben“. Das sagt sie mehrere Male. Der Betreuer reserviert jedoch die Wohnung. Etwa fünf Monate später kündigt er den Mietvertrag mit dem Heim, da hat er wohl eingesehen, dass Frau A. aus ihrer seit neunzig Jahren gewohnten Umgebung nicht wegzukriegen ist.

Fortan geht es noch mehr zur Sache, denn ein neuer Anwalt kommt ins Spiel, ein Spezialist in Betreuungsrecht. Die Hauswirtschafterin hat ihn Frau A. empfohlen. Der neue Anwalt beantragt sofort die Entlassung des Betreuers. Dass Frau A. nicht wegwolle, ziehe sich wie ein roter Faden durch die Akte. Und ihre Depressionen lägen nicht an den Lichtverhältnissen ihrer Wohnung, sondern am Tod des Lebensabschnittspartners. Zudem hält er die Richterin für befangen. Er könne sich nicht des Eindrucks erwehren, dass sie, der Betreuer und der Verfahrenspfleger, Frau A. gegen ihren Willen zu einem Umzug bewegen wollten. Die Richterin weist dies zurück. Aber von einem Umzug ist nicht mehr die Rede.

Dafür herrscht jetzt vollends Krieg. Ein neues nervenärztliches Gutachten stellt fest, Frau A. sei eine freundliche, kontaktfähige, allgemein rüstige Frau, aber schwer dement. Es liege eine eindeutige Suggestibilität vor. Mit anderen Worten: Man kann ihr etwas vormachen. Mit den entsprechenden Diensten könne sie aber problemlos in ihrer Wohnung bleiben, heißt es in dem neuen Gutachten. Der Betreuer bekommt daraufhin vom Gericht die Befugnis, fortan zu bestimmen, wer zu Frau A. darf und wer nicht. Herr M. darf nicht. Dem Ehepaar wird vorgeworfen, mit der Anschaffung eines Notrufsystems und einer Katze vollendete Tatsachen geschaffen zu haben.

Der Betreuer macht noch mehr, er heuert Detektive an, die Herrn M. observieren sollen. So will er herausfinden, ob er das Hausverbot einhält oder nicht. Das kostet stolze 21 000 Euro, bezahlt aus dem Vermögen von Frau A. Das Gericht beanstandet diese Entscheidungen und die Kosten nicht, auch

nicht die gezahlte Miete fürs Seniorenheim, das gar nicht in Anspruch genommen wurde. Ein Umzug, eine Kontaktsperre für Menschen, die ihr vertraut sind, Privatdetektive, die diese Menschen beobachten, ein Widerruf ihrer Vollmacht, ein neues Testament bei einem fremden Notar – ob das alles im Sinn der alten Dame war?

Einmal weist das Gericht zehn Beschwerden auf einen Streich zurück. Und es hört Frau A. wieder in ihrer Wohnung an. Auch weil das Thema Befangenheit der Richterin noch nicht vom Tisch ist. Frau A. hat zwar vergessen, dass sie die Frau kennt, aber auf die Fragen des Richters zieht sie ihre Beschwerde dann doch zurück. Das Gericht entlässt auch nicht den gerichtlich bestimmten Betreuer, wie es der Anwalt von Frau A. gefordert hatte. Es findet vielmehr, dass er zu jedem Zeitpunkt die richtige Entscheidung getroffen habe. Auch die Betreuungsbehörde sieht keinen weiteren Handlungsbedarf, sondern die Interessen von Frau A. durch den amtlichen Betreuer gut gewahrt. Der bittet jedoch von sich aus, ihn zu entpflichten. Die nach einem Jahr geleistete Arbeitszeit werde das Fünffache der für die Pauschalvergütung zugrunde gelegten Zeit erreichen. Bei vierhundert Stunden komme er auf einen Stundenlohn von 6,90 Euro. Dies gesetzlich verordnete Sonderopfer könne er nur für ein Jahr tragen. Herr M. gibt hingegen nicht auf, ihm geht es längst auch um seine Ehre, zumal er sich kurz vor dem Betreuerwechsel auch noch dem Vorwurf eines sexuellen Übergriffes auf Frau A. ausgesetzt sieht. Eine Mitarbeiterin des Pflegedienstes hat berichtet, dass er sich zu Frau A. ins Bett gelegt und sie unter der Decke gestreichelt habe. Die Staatsanwaltschaft stellt das Verfahren wegen erwiesener Unschuld ein.

Die juristischen Klängen werden weiter gekreuzt, mittlerweile geht es ums Grundsätzliche, das Landgericht erkennt die Mandatierung des neuen Anwalts durch Frau A. wegen ihres Geisteszustandes nicht an. Der sagt sich: Da lässt ein Richter den Antrag von Frau A. auf Befangenheit einer Kollegin zurückziehen, das gilt, aber seine Mandatierung gilt nicht! Der Bundesgerichtshof gibt ihm recht: Ein wesentliches Ziel der Reform des Betreuungsgesetzes sei es, die Rechtsposition des Betroffenen auch im Verfahren zu stärken. In einem fairen Verfahren sollte er eigenständiger Beteiligter, nicht „Verfahrensobjekt“ sein. Es sei ihm häufig nur mit anwaltlicher Vertretung möglich, seine Rechte im Betreuungsverfahren effektiv wahrzunehmen.

Demografische Entwicklung:

Mehr Chancen als Risiken?

So ist das oft in Deutschland – der Pessimismus überwiegt. Schon gar, wenn es um Themen wie Altern oder demografische Entwicklungen geht. Wissenschaftler vom Max-Planck-Institut für demografische Entwicklung in Rostock halten jetzt dagegen. Sie prophezeien, dass die alternde Bevölkerung in Deutschland produktiver, ökologischer, reicher und gesünder sein wird als jemals zuvor.

Wie kommen die Forscher darauf? Für eine höhere Produktivität spricht aus ihrer Sicht, dass immer mehr Bundesbürger mit höherem Bildungsabschluss altern. Hatten 2008 „nur“ 21 Prozent der über 50-Jährigen höhere Bildungsabschlüsse, so werden es im Jahre 2053 gut 34 Prozent sein. Ein Rückgang bei den Arbeitskräften könnte dann in Teilen durch die höhere Produktivität der gebildeteren Bundesbürger kompensiert werden, so glauben die

Rostocker. Ökologischer könnte die Zukunft werden, weil alte Menschen weniger konsumieren und reisen als junge Menschen. Dieses Verhalten der älteren Generation wird dann zusammen mit der geringeren Kopfzahl der Gesellschaft zu einem Rückgang der Emissionen führen, so jedenfalls erwarten es die Autoren der Studie. Sie prognostizieren zudem, dass die Menschen reicher werden, weil das Vermögen auf weniger Kinder verteilt wird. Die Erben könnten dann mit dem Geld ihre Rente aufbessern oder Kindern bzw. Enkeln unter die Arme greifen. Optimistisch geben sich die

Max-Planck-Wissenschaftler auch in Sachen Gesundheit.

Während derzeit die Deutschen nur 63 Prozent ihrer Lebenszeit bei guter Gesundheit verbringen, dürften es nach Einschätzung der Rostocker Forscher im Jahre 2050

rund 80 Prozent sein. Wer sagt's denn? Vielleicht überwiegen ja doch die Chancen die Risiken,

wenn es ums Altern geht. Letzteres ist ohnehin die einzige Möglichkeit, länger zu leben
Quelle: PlosOne



Die Entscheidung in einem anderen Verfahren steht dagegen noch aus: Ob neben der neuen amtlichen Betreuerin auch Herr M. zum Betreuer ernannt werden kann. Sie soll sich weiter um das Finanzielle, die Vermögensfragen kümmern, lautet der Antrag, er den Part der Gesundheitsorge und Aufenthaltsbestimmung übernehmen. Dass Herr M. kämpft, trägt Früchte, aber wie sich zeigen wird: nicht bei Gericht. Der Verfahrenspfleger wechselt zunächst die Seiten, ist nun davon überzeugt, dass das Verhältnis zwischen Herrn M. und Frau A. gut sei, empfiehlt, ihn als Betreuer einzusetzen. Auch die Betreuungsbehörde spricht sich für ihn aus und rät allen Beteiligten, Frau A. zur Ruhe kommen zu lassen.

Die neue Betreuerin stürzt sich in ihre Aufgabe. Nach Zweifeln an der Abrechnung kündigt sie dem Pflegedienst und überträgt die Pflege von Frau A. einem großen Wohlfahrtsverband. Rund um die Uhr ist jemand da. Der Haushalt wird gemacht. Ausflüge ebenfalls, aber nicht zu lang. Das geht nicht mehr.

Die Betreuerin kommt zu einem nicht sehr schmeichelhaften Ergebnis. Es seien falsche Informationen gezielt lanciert, Anschuldigungen und Verdächtigungen in verschiedenen Schriftsätzen zur Akte gegeben worden. Der Widerruf der Generalvollmacht für Herrn M. sei ohne Prüfung der Vorwürfe gegen seine Person ergangen, habe sich allein auf die Darlegung ihres Vorgängers gestützt. Und so geht es gerade weiter.

Vor ein paar Wochen hat das Gericht entschieden, Herrn M. nicht zum Betreuer zu machen. Der juristische Streit geht damit weiter. Stattdessen bekommt die Betreuerin einen amtlichen Gegenbetreuer. Herr M. besucht Frau A. aber auch so. ■

Cornelia von Wrangel
Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.5.2014
Alle Rechte vorbehalten: (c) F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main

Der Senior-Experten-Service (SES):

Weltweit unterwegs

„Daimler, Bosch und Otto holen ihre Rentner zurück.“

Keine Nachrichtensendung, keine Zeitung kamen Mitte 2014 an dieser Meldung vorbei. Plötzlich war nicht nur der demografische Wandel in aller Munde, sondern auch die Tatsache, dass die Berufserfahrung der sogenannten silbernen Generation sehr viel wert ist.

„Das hat der Senior-Experten-Service (SES) schon seit langem erkannt. Seit 1983 gibt er älteren Menschen die Möglichkeit, ihre professionellen Kenntnisse weiterzugeben – ehrenamtlich, weltweit und mit großem Erfolg“, sagt Dr. Franz Schoser, der Vorstandsvorsitzende der in Bonn ansässigen Stiftung. Der ehemalige Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) hat den SES in den letzten gut 30 Jahren wachsen sehen: vom kleinen Pilotprojekt zum größten deutschen Entsendedienst für ehrenamtliche Fach- und

Rund um den Globus unterstützt der SES kleine und mittlere Unternehmen, öffentliche Verwaltungen, Kammern und Wirtschaftsverbände, soziale und medizinische Einrichtungen oder auch Institutionen der Grund- und Berufsbildung. Seine Expertinnen und Experten helfen im Handwerk und in der Produktion bei der Installation, Wartung und Bedienung von Maschinen, bei der Fachkräfteausbildung, bei Fragen zu Marketing und Vertrieb, zu Organisation, Personalwesen oder Zertifizierung und in vielen weiteren Bereichen.

Einen besonderen Schwerpunkt setzt der SES in Deutschland mit der Förderung der jungen Generation. Schülerinnen und Schüler profitieren von ehrenamtlichen Projekten zu Handwerk, Technik, Naturwissenschaft oder Berufsorientierung, Auszubildende von der Initiative VerA zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen. Letztere wird im Rahmen der Initiative Bildungsketten vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

entfallen viele Handgriffe, und das spart Zeit“, sagt die SES-Expertin. Bei Femina Garments nahm sie jeden einzelnen Arbeitsschritt unter die Lupe und hielt die optimalen Abläufe zur Erinnerung auf Video fest: das Bündeln, die Arbeit nach dem Wasserfallprinzip, und auch, wie man in Kette näht. Einmal integriert in Arbeitsroutine, erbringen ihre Empfehlungen eine Zeitersparnis von mehreren Minuten je Fertigteil.

Ausbildungsinitiative VerA

„Eigentlich braucht Maik nur Geduld, individuelle Förderung und einen zuverlässigen Ansprechpartner. Hat er seine Prüfungen erst hinter sich, wird er ein ausgezeichnete Hochbaufacharbeiter“, meint Walter Höfig. „Maik ist wie gemacht für diesen Beruf, handwerklich sehr begabt und körperlich außerordentlich belastbar. Kein Wunder, dass er in der praktischen Ausbildung der Zweitbeste seiner Gruppe ist.“ Seit März 2013 ist SES-Experte Höfig Maiks VerA-Begleiter. Kurz darauf fand die Ab-



Stoffqualität auf dem Prüfstand: Wera Thurner bei Femina Garments in Bulawayo

Führungskräfte im Ruhestand. „Von Anbeginn standen die Bundesregierung und die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft an unserer Seite. Das hat uns sehr geholfen und hilft uns noch heute, hätte aber nichts ausgerichtet, wäre die Idee hinter dem SES ohne Widerhall verpufft. Das aber ist sie nicht, im Gegenteil“, so Dr. Schoser.

Heute stellen dem SES fast 12000 Expertinnen und Experten aus allen beruflichen Richtungen ihr Wissen zur Verfügung. Und sie sind sehr gefragt. Seit seiner Gründung hat der SES mehr als 30000 Einsätze in 160 Ländern durchgeführt.



Buschstraße 2 · 53113 Bonn
Tel. 0228 26090-0 · ses@ses-bonn.de
ses-bonn.de · vera.ses-bonn.de



Simbabwe

Femina Garments ist eines der wenigen Unternehmen, die den Zusammenbruch der Textilbranche in Simbabwe überlebt haben. Seit mehr als 50 Jahren produziert der Betrieb in Bulawayo für den heimischen Markt, und dies unter Bedingungen, die sich sehen lassen können: Garantiert sind den 120 Beschäftigten 30 bezahlte Urlaubstage, Kündigungs- und Mutterschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und auch Überstundenzuschläge. Daran soll sich nichts ändern, wohl aber an der Wettbewerbsfähigkeit.

Wie, das weiß Wera Thurner. „Schneller und besser zu arbeiten ist kein Hexenwerk, sondern eine Frage der Organisation. Ist der Arbeitsplatz klug eingerichtet,

VerA-Zeit ist nicht nur Lernzeit: Walter Höfig mit Maik

schlussprüfung der ersten Ausbildungsstufe statt. Anstandslos bestand Maik die praktische Prüfung, die schriftliche leider nicht. Deshalb steht jetzt Lernen auf dem Programm: im Rahmen einer ausbildungsbegleitenden Hilfe und zu zweit. „Sicher befassen wir uns mit versäumten Lehrinhalten, aber auch mit anderen, bisweilen sogar privaten Themen. „Es scheint diese Mischung zu sein, die Maik motiviert: Mittlerweile wird er im Unterricht als sehr aktiv wahrgenommen“, sagt Walter Höfig. „Ich höre nicht mehr: Das kannst du doch nicht“, bestätigt Maik. „Mein neues Leben ist schöner als das alte!“ ■



KROATIEN

Reisetermin:

**26.04. bis
03.05.2015**

Verlängerungswoche möglich

Reiseleistungen:

- Flüge Deutschland[→] / Dubrovnik / Deutschland mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class (je nach Abflughafen teilweise mit Umstieg)
- Flughafensicherheitsgebühren, Luftverkehrsabgabe und Kerosinzuschläge von zurzeit EUR 45,- bis EUR 204,- / je nach Abflughafen (Stand 11/14)
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 7 Übernachtungen im Hotel Croatia (5 Sterne, Landeskategorie) im Doppelzimmer
- Halbpension (Frühstück und Abendessen)
- Besichtigungen laut Programm
- Eintrittsgelder zum Programm
- Deutschsprachige Reisebetreuung vor Ort
- Umfangreiches Informationsbuch zur Reise

→ Flüge möglich ab/bis

Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln-Bonn, München, Stuttgart (teilweise mit Umstieg)

Nicht im Preis enthalten:

- Zusätzliche Mahlzeiten, Getränke und persönliche Ausgaben
- Trinkgelder
- Zusätzliche Reiseversicherungen
- Obligatorische City-Tax von ca. EUR 1,- pro Person/Nacht (vor Ort bezahlbar)

Reisepreise:

EUR **995,-**

Preis pro Person im Doppelzimmer*
Einzelzimmer-Zuschlag pro Woche:
EUR 245,-
Aufpreis für Zimmer mit garantiertem Meerblick: EUR 49,- pro Person/Woche
Verlängerungswoche inklusive Halbpension im Doppelzimmer*:
EUR 385,- pro Person
* bei Zweierbelegung

- Grundpreis mit Flügen ab/bis:
Berlin-Tegel, Köln-Bonn, Stuttgart
- Zuschlag für Flüge ab/bis:
Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Frankfurt, München:
EUR 50,- pro Person

Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt zum Preis von EUR 45,- pro Person für die erste Woche bzw. EUR 60,- inkl. Verlängerungswoche. (Die Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)



Neuauflage
wegen des großen
Erfolges!

Wegen der großen Nachfrage unserer Frühjahrsreisen nach Kroatien mit der Senioren-Union, bieten wir Ihnen Ende April 2015 erneut die Gelegenheit mitzureisen. Neben der kargen Schönheit der Karstgebirge und den traumhaften Küsten mit den vorgelagerten Inseln sind vor allem die reichen kulturellen Schätze Kroatiens eine Reise wert. Allen voran die „Perle Dalmatiens“, Dubrovnik, deren Altstadt zum Weltkulturerbe erklärt wurde.

Und immer wieder begegnen Ihnen bei Ihren geführten Besichtigungen auch Spuren aus der jüngsten Geschichte der Region – so beim Besuch in Cilipi und Ihrem Ausflug in den Nachbarstaat Kroatiens, Bosnien-Herzegowina. Die legendäre türkische Brücke in Mostar wurde zum Sinnbild für die Absurdität des Balkan-Konfliktes.

Den Rahmen für entspannte Stunden in mildem Klima bietet das 5-Sterne-Hotel, gelegen am Meer. Wenn Sie diese Annehmlichkeiten noch länger genießen möchten, buchen Sie einfach die Verlängerungswoche.



Beachten Sie bitte: Für die Einreise benötigen deutsche Staatsangehörige nur ihren gültigen Personalausweis oder Reisepass • Die Mindestteilnehmerzahl, die bis 8 Wochen vor Reisebeginn erreicht sein muss, beträgt 25 Personen • Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Sicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig; der Restbetrag 3 Wochen vor Abreise • Die Senioren-Union und Souverän treten nur als Vermittler auf. Es gelten die Reisebedingungen des verantwortlichen Veranstalters Terramundi GmbH.



Besichtigungen

Mit qualifizierter deutschsprachiger Reiseleitung



Extra

Ausflug nach Bosnien-Herzegowina inklusive, fakultativ Ausflug nach Montenegro



Entspannung

Mildes Klima und schönes 5-Sterne-Hotel



Hotel Croatia*****

Lage: Das 5-Sterne-Hotel (Landeskategorie) liegt spektakulär auf einer felsigen Halbinsel direkt über dem adriatischen Meer oberhalb der malerischen Bucht von Cavtat. Der Fischer- und Touristenort lädt mit zahlreichen Geschäften und Restaurants zum Verweilen ein. Das Hotel ist nur ca. 10 Fahrminuten vom Flughafen von Dubrovnik entfernt. Die historische Altstadt von Dubrovnik können Sie von Cavtat aus per Taxiboot erreichen. Es besteht eine regelmäßige Schiffsverbindung. Die Fahrt dauert – je nach Wetterlage – 30 bis 45 Minuten.

Ausstattung: Das Luxushotel verfügt über eine großzügige Rezeption und mehrere Restaurants: im Hauptgebäude, am Pool und am hoteleigenen Strand an der Bucht von Cavtat, unterhalb des Hotels. Zu den Einrichtungen zählen außerdem Lobby-, Pool- und Strandbar, großzügige Innen- und Außenschwimmbäder, zwei hoteleigene Strände (Fels und Kies), Konferenzzentrum, großer Spa- und Wellnessbereich mit Fitnessbereich und Anwendungen (Nutzung gegen Gebühr), 24-Stunden-Zimmerservice und WIFI-Zugang im Lobby-Bereich.

Zimmer: Alle 487 elegant und großzügig eingerichteten Zimmer und Suiten verfügen über Bad/Dusche, WC, Haarföhn, Balkon, Klimaanlage, Direktwahl-Telefon, Satellitenfernseher, Minibar und Safe. Die Zimmer haben entweder Gartenblick oder direkten Meerblick (gegen Aufpreis buchbar).

Verpflegung: Frühstück und Abendessen in Buffetform.



Der Reiseverlauf:

1. Tag: Flug vom gewählten Flughafen nach **Dubrovnik**, wo Sie bereits von der örtlichen Reiseleitung erwartet werden. Gemeinsam fahren Sie zum Check-In im Hotel Croatia**** in Cavtat.

2. Tag: Der heutige ganztägige Ausflug führt Sie zunächst auf die **Halbinsel Peljesac** mit der Stadt **Ston**. Sie war strategisch über Jahrhunderte für die Region sehr wichtig. Noch heute kann man die herausragende Bedeutung an den Festungsanlagen ablesen. Sie verbinden mit mehr als fünf Kilometer langen Mauern die beiden Stadtteile von Ston. Bekannt ist diese Region auch für die Salzproduktion aus Meerwasser, das in alten Salinenanlagen gewonnen wird. Von der Hafenstadt **Orebic** setzen Sie dann mit der Fähre auf die **Insel Korcula** über, die der dalmatinischen Küste vorgelagert ist. Die gleichnamige Stadt gilt als Geburtsort des bedeutenden Entdeckers Marco Polo. Bei einem Rundgang durch die Gassen der alten Stadt sind die Zeugnisse von Geschichte und Tradition überall erkennbar.

3. Tag: Heute besuchen Sie die „Perle der Adria“ – **Dubrovnik**. Sie gilt als eine der schönsten Städte im gesamten Mittelmeerraum. Zunächst erreichen Sie einen Aussichtspunkt oberhalb der Stadt, von dem Sie einen herrlichen Ausblick über die Altstadt und Bucht haben. Danach besichtigen Sie die UNESCO-geschützte historische Altstadt. Dabei sehen Sie u.a. die historischen Dominikaner-

und Franziskanerklöster, die Liebfrauenkathedrale und den Placa, die 300 Meter lange Hauptstraße der Altstadt Dubrovniks. Hauptsehenswürdigkeit ist neben dem Rektorenpalast die vollständig erhaltene Stadtmauer, die das gesamte Areal der Altstadt umgibt.

4. Tag: Ihr heutiger Ausflug führt Sie in den Nachbarstaat **Bosnien-Herzegowina**. Gleich hinter der Grenze besuchen Sie die alte islamische Festungsstadt **Pocitelj**. Sie war sehr bedeutend als Außenposten der islamischen Herrschaft auf dem Balkan. Ihr Weg führt Sie anschließend weiter – dem Tal des Flusses Neretva folgend – durch das bergige Gebiet Biokovo zur orientisch geprägten Hauptstadt der Herzegowina, **Mostar**. Hier befand sich während der türkischen Herrschaft der Handelsmittelpunkt. Leider stand die Stadt während des Balkankrieges im Mittelpunkt der Kämpfe, deren Folgen auch heute noch sichtbar sind. Ein Zeichen der Annäherung zwischen den Religionen ist die legendäre türkische Brücke aus dem 16. Jahrhundert, die nach ihrer Zerstörung originalgetreu wieder aufgebaut wurde. Sie besuchen in Mostar außerdem den orientalischen Stadtteil mit dem alten Basar und der Moschee.

5. Tag: Dieser Tag steht Ihnen zur freien Verfügung. Wenn Sie möchten, können Sie an einem optionalen Ausflug in den Nachbarstaat **Montenegro** teilnehmen: [Sie durchqueren die fruchtbare Konavle-Ebene und erreichen

Montenegro, den direkten Nachbarn von Kroatien. Ihr Weg führt Sie zunächst zur fjordartigen Bucht von Kotor, heute UNESCO-Welterbe. Allein die Rundfahrt um die Bucht, die von steilen Berghängen gesäumt wird, ist beeindruckend und spektakulär. Sie setzen mit der Fähre zur künstlich errichteten Kircheninsel „**Gospa od Skrepjela**“ über, wo Sie die Kirche besuchen werden.

Anschließend fahren Sie weiter nach **Kotor**, dem Hauptort dieser Region. Auch dessen Altstadt wurde unter dem Schutz der UNESCO gestellt und ist vollständig erhalten. Besonders beeindruckend ist das geschlossene Ensemble mit der imposanten Stadtmauer, die sich bis zu 250 Meter am Berghang hinaufschlingt. Wer die Mühen eines Aufstieges bis zum höchsten Punkt der Stadtmauer auf sich nimmt, wird mit einem spektakulären Ausblick auf die Altstadt und die Bucht von Kotor belohnt. Ein Besuch im Küstenort **Budva**, dessen Altstadt auf einer Insel entstand und durch eine Sandbank mit dem Festland verbunden ist, rundet Ihren Ausflug nach Montenegro ab.]

6. Tag: Bei Ihrem heutigen Halbtagesausflug fahren Sie zunächst in den Ort **Cilipi** in der nahen Konavle-Ebene. Hier besuchen Sie das Heimatmuseum sowie die Pfarrkirche, die bis heute Zeugnis der jüngeren Geschichte und des Balkankrieges ablegt. Genau am Tag der internationalen Anerkennung des neuen Staates Kroatien, vor allem unter der Federführung

der Bundesrepublik Deutschland, wurden die meisten Häuser des Ortes von der jugoslawischen Armee niedergebrannt. Heute zeigt der Ort wieder seine Ursprünglichkeit. Anschließend fahren Sie weiter nach **Ljuta**, wo Sie historische Wassermühlen sehen, die heute wieder in Betrieb sind. Nach einem Spaziergang werden Sie im Restaurant „Konavoski Dvori“ zum rustikalen Mittagessen erwartet. Es werden Wurst, Käse sowie unter einer Eisenglocke gegartes Kalb- oder Lammfleisch serviert. Das Restaurant ist direkt in einem Wald am weitverzweigten, idyllischen Fluss Ljuta gelegen.

7. Tag: Ein weiterer Tag, der Ihnen zur freien Verfügung steht. Genießen Sie die wunderbare Lage und die Annehmlichkeiten Ihres Hotels oder nutzen Sie die Zeit für einen Ausflug mit dem Wasser-Taxi nach Dubrovnik.

8. Tag: Bustransfer zum Flughafen **Dubrovnik** und Flug zum Ausgangsflughafen Ihrer Reise – es sei denn, Sie haben die Verlängerungswoche gebucht.

Auskunft und Buchung:



Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefon: 0 23 69 / 9 19 62 - 0
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de

Terramundi ist insolvenz-versichert bei:  **ZÜRICH**

REISEANMELDUNG

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:

TERRAMUNDI GmbH

Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de



JA, ich möchte mit unten aufgeführten Teilnehmern an der Reise nach **KROATIEN** teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung an u.a. Adresse.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 = Rechnungsanschrift) Geburtsdatum

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon mit Vorwahl

E-Mail

Name, Vorname (Teilnehmer/in 2)

Geburtsdatum

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Sicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise.

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen des Veranstalters Terramundi GmbH – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Ort, Datum, Unterschrift

Reiseziel: **KROATIEN**

Termine: **26.04. bis 03.05.2015**

Preise: **EUR 995,- p.P. im DZ***

Einzelzimmer-Zuschlag
EUR 245,- pro Woche

Zimmer mit garantiertem
Meerblick **EUR 49,- pro
Person / Woche**

Verlängerungswoche inkl. HP
im DZ* **EUR 385,- pro Person**

Gewünschte Flüge** ab/bis:

**nach Verfügbarkeit, bitte beachten
Sie evtl. Zuschläge

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen: **DZ** = Doppelzimmer • **EZ** = Einzelzimmer • **MB** = Zimmer mit Meerblick • **VL** = Verlängerungswoche • **RV** = Reiserücktrittskosten-Versicherung

Teiln. 1 DZ EZ MB VL RV
Teiln. 2 DZ EZ MB VL RV

(* bei Zweierbelegung)

Altersvorsorge:

Es brennt am „Rentenhimmel“

Das beunruhigt nicht nur die heutigen Senioren: Die Altersarmut wächst, immer mehr Rentner brauchen staatliche Unterstützung.

Alarmierende Entwicklung: Das Bundesamt für Statistik hat Anfang November mitgeteilt, dass Ende 2013 rund 499000 Personen ab 65 Jahren Grundsicherung im Alter beziehen (nach dem 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, SGB XII „Sozialhilfe“). Im Vergleich zum Vorjahr 2012 sind das ca. 34500 Menschen mehr, die im Rentenalter auf staatliche Unterstützung angewiesen sind: ein Anstieg von 7,4 Prozent. Vor allem westdeutsche Frauen benötigen laut Bundesamt für Statistik die Unterstützung, weil ihre Rentenansprüche nicht ausreichen. Spitzenreiter unter den Bundesländern waren Hamburg (68 je 1000 Einwohner), Bremen (59 je 1000 Einwohner) und Berlin (58 je 1000 Einwohner).

Damit ist der Anteil der über 65-Jährigen, die Unterstützung brauchen, in den vergangenen zehn Jahren im Bundesschnitt deutlich gestiegen. Waren im Jahr 2003 noch 1,7 Prozent auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen, waren es im Jahr 2013 schon rund 3 Prozent und



damit so viele wie noch nie. Die Grundsicherung im Alter entspricht etwa der Höhe der Hartz-IV-Zahlung, das sind derzeit 391 Euro im Monat plus Miet- und Heizkosten.

Die Entwicklung bedeutet zugleich, dass die Politik endlich handeln muss. Die Senioren-Union (SU) hat klare Vorstellungen davon, wie Grundsicherungsempfänger mit Rentenbezug finanziell bessergestellt werden müssen. Dazu und zur Rentenpolitik insgesamt hat die SU in den vergangenen Jahren verschiedene Anträge und Beschlüsse gefasst, die bislang leider nicht von der Bundespolitik erhört worden sind.

Die SU fordert u.a., dass der Bundesgesetzgeber für Rentnerinnen und Rentner gesetzlich gestaffelte Freibeträge bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung einführt. Die Staffelung der Freibeträge sollte wie folgt aussehen: ein Grundfreibetrag in Höhe von 100 Euro, ein Freibetrag von 50 Prozent für Renteneinkünfte zwischen 100 und 200 Euro sowie ein Freibetrag von 25 Prozent für Renteneinkünfte zwischen 200 und 300 Euro. Bei der jetzigen Regelung wird jeder Euro Rente auf die Grundsicherung

angerechnet. Dieses ist gegenüber Hartz-IV-Empfängern, die einen Teil ihres Erwerbseinkommens nicht angerechnet bekommen, nicht gerechtfertigt. Denn Rente ist zeitversetztes Erwerbseinkommen.

Darüber hinaus fordert die SU, dass das Niveau der Rentenhöhe gesetzlich bei 50 Prozent dauerhaft festgelegt wird. Nur so kann ein zumutbarer Lebensstandard im Alter gesichert und Altersarmut wirkungsvoll bekämpft werden. Die Höhe der Rente ist auch eine Frage der Menschenwürde und der Anerkennung der Lebensleistung Älterer.

Neben einer gesetzlichen Rentenversicherungspflicht für alle hauptberuflich Selbständigen fordern wir zudem eine nachhaltige Reform des Rentensystems insgesamt. Auch wenn die Bundesregierung in einzelnen Bereichen Verbesserungen erzielt hat, wie z.B. durch die Mütterrente, brauchen wir endlich den großen Wurf. Denn lediglich an den Symptomen „herumzudoktern“ hilft nicht mehr weiter. Eine umfassende Rentenreform sollte die Erwerbsphase rentenrechtlich besser absichern, bessere Leistungen in der Rentenbezugsphase ermöglichen und die Grundsicherung sozial gerecht ausbauen. ■



Der Autor:
Leonhard Kuckart
ist stv. Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender NRW der Senioren-Union.

Der NSA-Untersuchungsausschuss

Das Parlament im Kampf mit den **Geheimdiensten**

Im vergangenen Jahr begannen der britische „Guardian“ und die amerikanische „Washington Post“ geheime Dokumente zu veröffentlichen, die sie vom Whistleblower Edward Snowden bekommen hatten.

Ausländische Geheimdienste sollen massenhaft unsere Daten abgefangen und ausgewertet haben. Besonders richten sich die Vorwürfe hierbei gegen die amerikanische National Security Agency (NSA). Selbst das Handy von Bundeskanzlerin Angela Merkel soll nach den Dokumenten von Edward Snowden abgehört worden sein. Um die Vorwürfe aufzuklären, hat der Deutsche Bundestag im April 2014 mit den Stimmen von allen Fraktionen die Einrichtung des NSA-Untersuchungsausschusses beschlossen. Der Untersuchungsauftrag kann in drei Bereiche eingeteilt werden. Zum einen soll geklärt werden, welche Daten und wie viele die Nachrichtendienste der sog. „Five-Eyes“-Staaten (USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland) in Deutschland ausspähen. Als Zweites soll geklärt werden, ob die deutschen Dienste hieran beteiligt sind und ob sie bei der Zusammenarbeit mit den ausländischen Diensten rechtmäßig gehandelt haben. Im dritten Bereich wird der Untersuchungsausschuss in seinem Abschlussbericht Empfehlungen zur „Wahrung des verfassungsrechtlich gewährleisteten Schutzes der informationellen Selbstbestimmung, der Privatsphäre, des Fernmeldegeheimnisses und der Integrität und Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme“ geben. Aufgrund der Thematik ist davon auszugehen, dass die Arbeit des Untersuchungsausschusses rund zwei Jahre dauern wird.

Die erste Zeit der Arbeit des Ausschusses war u.a. dadurch geprägt, dass insbesondere die Opposition versuchte, eines ihrer Kernanliegen durchzusetzen, nämlich den

Whistleblower Edward Snowden nach Deutschland zu holen. Die Bundesregierung hat jedoch auf Nachfragen des Untersuchungsausschusses deutlich gemacht, dass die bilateralen Beziehungen zu den USA gegenüber der Erteilung eines Aufenthaltstitels an den per Haftbefehl gesuchten Snowden Vorrang haben. Sie hat bei ihrer Abwägung auch das verfassungsrechtlich geschützte Recht eines Untersuchungsausschusses auf Aufklärung. Der Ausschuss hat daher versucht, Snowden auf andere Weise anzuhören. Das hat dieser bisher abgelehnt. Nun versuchen Bündnis90/Die Grünen und Die Linke mit Hilfe einer Klage vor dem Verfassungsgericht, Snowden nach Deutschland zu holen.

Währenddessen hat der Ausschuss seine Untersuchungen fortgesetzt und konzentriert sich zuerst auf die deutschen Dienste. Hierbei werden u.a. Mitarbeiter der operativen Ebene des BND als Zeugen – auch in öffentlicher Sitzung – vernommen. Deutlich ist dabei bisher eines geworden: Nachrichtendienstliche Tätigkeit hat es zu allen Zeiten gegeben und wird es auch in Zukunft geben. Dies nicht nur von den USA, sondern von allen Staaten, z.B. auch von China, Russland, Frankreich oder arabischen Staaten. Der größte Umfang des Ausspähens von Daten geht aber auf das Konto von kriminellen Organisationen. Datendiebstahl, Phishingattacken und andere Cyberangriffe machen laut Bundeskriminalamt inzwischen schon ein Drittel aller Wirtschaftskriminalität aus. Der jährliche Schaden wird auf 12 Milliarden Euro geschätzt, manche sprechen sogar von 50 Mrd. Euro. Die Dunkelziffer ist in jedem Fall sicherlich höher, da kein Unternehmen gern angibt, Opfer von Ausspähungen geworden zu sein.

Eines der Ziele wird daher sein, dass wir gerade in unseren inhabergeführten mittelständischen Unternehmen mehr Datensicherheit herstellen. Unsere Stärke steckt in der Forschung und Entwicklung. Die deutsche Wirtschaft ist innovativ. Es ist daher umso wichtiger, dass im digitalen Zeitalter auf Datensicherheit bei Firmen-

geheimnissen Wert gelegt wird. Ich frage immer wieder, welches Unternehmen seine E-Mails, z.B. mit Produktdaten, verschlüsselt versendet – es sind noch erschreckend wenige!

Das zweite Ziel ist eine Chance: Während in den letzten Jahren beinahe alle großen IT-Unternehmen in die USA abgewandert sind, haben Deutschland und Europa nun die Chance, interessanter zu werden. Durch ein klares Bekenntnis zum Datenschutz und verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen gewinnt der Standort Deutschland an Interesse. Microsoft überlegt laut Medienberichten, seine Cloud-Server in Deutschland aufzustellen, Oracle eröffnet zwei Rechenzentren in Deutschland, und auch für Firmen wie Infineon ist gerade der gelebte Datenschutz in Deutschland ein Standortfaktor. Die seriösen Ermittlungen im NSA-Untersuchungsausschuss unterstützen dies. Auf europäischer Ebene muss dies durch eine kluge Gesetzgebung, u.a. durch die Datenschutzgrundverordnung, eingeraht werden. Hierfür steht auch Kommissar Günther Oettinger, der eine der spannendsten Aufgaben der neuen EU-Kommission übernommen hat.

Am Ende wird der NSA-Untersuchungsausschuss daher viele Verbesserungsvorschläge zur Arbeitsweise unserer Nachrichtendienste, zum Datenschutz, aber auch für mehr Datensicherheit für den IT-Standort Deutschland machen und damit weit mehr erreichen, als viele anfangs glaubten. Hierfür muss man uns aber noch einige Zeit geben. ■

Der Autor:
Prof. Patrick Sensburg, CDU-MdB, ist Vorsitzender des NSA-Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag.



Meinung:

„Wir Moslems können nicht gleichzeitig mit euch existieren“



Warum die Christenverfolgung in der islamischen Welt zunimmt: Wo die Scharia regiert, haben Nichtmuslime alles Recht verloren.

Wer dieser Tage verfolgt, was sich in der islamischen Welt an Hass und Hetze gegen Christen abspielt, kann die Beschwichtigungen westlicher Politiker nicht mehr hören. Da wird noch immer vom „friedlichen“ Islam geschwafelt, ungeachtet der Terrormiliz im Irak und in Syrien, ungeachtet der Massaker in afrikanischen Staaten, ungeachtet auch der Anschläge von Islamisten in der westlichen Welt. Salafisten überall, auf allen Kontinenten, verlangen die strikte Befolgung des Koran, inklusive des Kopfabhackens, das derzeit die Mörder des sogenannten IS im Irak praktizieren. „85 Millionen wollen die Anwendung der Scharia“, verkünden die Salafisten. Wohlgemerkt, die Schlächter des IS verhalten sich absolut korantreu – und was dies in der Praxis bedeutet, hat vor einiger Zeit einer der Terroristen erläutert, nachdem er mit anderen 60 Katholiken im Irak ermordet hatte: „Ihr Christen seid alle ‚Kafara‘ (Ungläubige), wir können nicht gleichzeitig mit euch existieren!“

So kommt es, dass weltweit rund 100 Millionen Christen verfolgt, gedemütigt und – in letzter Konsequenz – auch ermordet werden. Vor allem in islamischen Ländern: Je strenger der Koran ausgelegt wird, desto unbarmherziger ist die systematische Vertreibung, der mörderische Terror. Nur einige Beispiele: In Indonesien wurden in den vergangenen Jahren mehr als 1000 Kirchen in Brand gesteckt; in Ägypten wurden in

den letzten 30 Jahren mehr als 1800 Kopfen aus religiösen Gründen ermordet. Im Herbst 2011 riefen Imame in mehr als 20 oberägyptischen Moscheen zum Sturm gegen Kirchen und zum Mord an Christen auf – die Sicherheitskräfte zogen ab.

Die religiöse Hasspropaganda bleibt freilich nicht auf Moscheen beschränkt: Über Tonband ist sie am Basar, im Taxi und auch in Privathäusern allgegenwärtig. Die Islamwissenschaftlerin Rita Breuer: „Antichristliche Propaganda muss man in den meisten muslimisch geprägten Ländern nicht mehr hinter vorgehaltener Hand äußern, sie ist salonfähig.“

Daraus folgt laut Breuer: „Gleichberechtigung nicht-muslimischer Bürger kann es in einem explizit islamisch geprägten Staatswesen nicht geben.“ Denn wo die Scharia regiert, haben Nichtmuslime alles Recht verloren: „Ein islamisch geprägtes Staatswesen ohne religiöse Diskriminierung hat es noch nie gegeben.“

Rita Breuer, die als Entwicklungshelferin lange in islamischen Ländern tätig gewesen ist, erklärt den islamischen Christenhass auch theologisch. Sure 4, Vers 171, sagt unzweideutig: „Jesus, der Sohn der Maria, ist der Gesandte Allahs.“ Der Religionsgründer der Christen kann und darf natürlich nicht göttlicher sein als Mohammed, der ja „nur“ ein Mensch war. Der Glaube an Jesus Christus stellt damit das gesamte islamische Religionsgebäude in Frage. Deshalb werden die „Götzendienen“ – so Sure 9, Vers 17 – „im Feuer ewig verweilen“.

Da ist nichts von jener Barmherzigkeit, die Mouhanad Khorchide im Islam zu erkennen glaubt („Islam ist Barmherzigkeit“, Herder-Verlag). Und wenn er meint, heutige Moslems müssten den Koran im historischen Kontext betrachten, dann mag dies für gebildete Moslems in westlichen Ländern durchaus gelten. Dort aber, wo der Islam als Staatsdoktrin gilt, herrschen andere Grundsätze.

Zum Beispiel in der Türkei, wo es eine Religionsfreiheit allenfalls theoretisch gibt. Rita Breuer: „In der nominell laizistischen Türkei ist eine geradezu hysterische Verfol-

gung christlicher Mission und dessen, was man dafür hält, zu beobachten.“ 2007 wurden im osttürkischen Malatya zwei zum Christentum konvertierte Türken und ein deutscher Prediger „grausam abgeschlachtet“.

Kein Sonderfall, denn im islamischen Scharia-Recht ist Apostasie – der Abfall vom islamischen Glauben – ein todeswürdiges Verbrechen. In vielen islamischen Ländern droht Apostaten auch heute noch die Todesstrafe, anderswo rufen die „barmherzigen“ Vertreter des Glaubens zur Lynchjustiz auf. Während aber in der westlichen Welt gerade die Kirchen Toleranz predigen und einige Theologen von einem „Dialog auf Augenhöhe“ schwafeln, findet in der islamischen Welt ein Klima der Feindschaft immer mehr Anhänger. Breuer: „Die Welle der Re-Islamisierung der islamischen Welt und der erneuten Politisierung der Religion gleicht einem schleichenden Gift für das interreligiöse Klima und wirkt sich erheblich zum Nachteil der Christen aus.“

Im innerislamischen Disput haben sich nicht die Liberalen durchgesetzt, sondern die radikalen Islamisten. Keine Frage, dass dies auch Auswirkungen auf die verschiedenen Strömungen des Islam in der westlichen Welt hat.

Und nicht zu vergessen: Der hierzulande geführte Scheindialog hilft den bedrohten Christen in der islamischen Welt nicht, sie sind auf eine klare Position der westlichen Kirchen angewiesen. Deshalb erscheint es als Realitätsverweigerung, wenn Theologen – so in der Katholischen Kirche in Wien – immer wieder ein positives und idealisiertes Bild des Islam zeichnen. Eines Islam, der sich mit der christlichen Werteordnung vertrage – des „wahren Islam des Friedens und der Freiheit, der Gleichberechtigung aller Menschen, der Toleranz und des Pluralismus“.

Nur, weiß Rita Breuer: „Diesen angeblich wahren Islam gibt es nicht.“ Im Gegenteil, die Hetze gegen Christen nimmt zu, auch bei uns. „Auch wenn die aktiv militanten Muslime eine Minderheit sind, ist die passive Akzeptanz der Gewalt sehr hoch.“ ■

Der Autor:

Peter Kleinert

war u.a. Südosteuropa-Korrespondent der ARD in Wien. Er lebt heute als Autor in der Nähe von Wien.



BMW i3 und i8 +++ Die Zukunft der Elektromobilität
+++ Nachhaltig innovativ +++ Mit Carbonkarosserien
+++ Für weniger Emissionen +++ Und mehr Fahrfreude
+++ Durch größere Gewichtsreduzierung +++ Die
BMW Group +++ Der erste Automobilhersteller +++
Der Carbon in Großserie produziert

Mehr erfahren im Film unter:
[BMWGROUP.COM/WHATSNEXT](https://www.bmwgroup.com/whatsnext)

WARUM WIR BEI UNSEREN AUTOS AUF LEICHTBAU SETZEN? WEIL ES IMMER WENIGER BRINGT.

KONTINUIERLICH WENIGER EMISSIONEN DURCH INNOVATIVE MATERIALIEN.
FÜR UNS DER NÄCHSTE SCHRITT.

**BMW
GROUP**



Rolls-Royce
Motor Cars Limited

25 Jahre nach dem Fall der Mauer:

Schulwissen oder familiäre Erinnerungen?



Die „DDR“-Geschichte wird von der inzwischen nachgewachsenen Generation sehr unterschiedlich wahrgenommen. Eine Studie von Kathrin Klausmeier und Norbert Hanisch.

Wenn sich 2014 der Fall der Mauer und der damit beginnende Zerfall der „DDR“ zum 25. Mal jähren, dann entsprechen diese 25 Jahre nahezu einer ganzen Generation, die den selbsternannten Arbeiter- und Bauernstaat selbst nicht mehr miterlebt hat. Ihnen begegnet die „DDR“ im Geschichtsunterricht, in Filmen oder Gedenkstätten, und vor allem in den neuen Bundesländern spielen familiäre Überlieferungen eine äußerst wichtige Rolle. In der öffentlichen Debatte wird Schülerinnen und Schülern der Neuen Länder oft vorgeworfen, dass sie zu wenig über die „DDR“ wüssten und im Zug dessen deren diktatorisch-repressive Strukturen zugunsten einer Idealisierung sozialer Aspekte wie der scheinbaren Vollbeschäftigung oder der Kinderbetreuung ausblenden. Verantwortlich für derlei Sichtweisen sind sowohl die Schulen, die „DDR“-Geschichte nicht angemessen kritisch vermitteln, als auch das familiäre Umfeld, in dem sie zu positiv dargestellt wird.

Welche Vorstellungen diese Jugendlichen von der „DDR“ haben, untersuchen die Geschichtsdidaktikerin Kathrin Klausmeier und der Politologe Norbert Hanisch im Rahmen ihrer Promotionsprojekte am Beispiel thüringischer sowie sächsischer Schülerin-

nen und Schüler – und kommen zu dem Schluss, dass die Lage komplexer ist, als es die öffentliche Debatte suggeriert.

Geschichtsunterricht und familiäre Überlieferungen stellen für die Lernenden auf der einen Seite die beiden wichtigsten Prägefaktoren ihres eigenen „DDR“-Bildes dar, andererseits begegnen sie hier in der Regel sehr konträr wahrgenommenen Darstellungen von „DDR“-Geschichte. So kann Hanisch in seiner Untersuchung nachzeichnen, dass die jungen Menschen den Schulunterricht nicht selten als eine verallgemeinernde Aneinanderreihung ‚harter‘ politikgeschichtlicher Fakten über die „DDR“ als Diktatur und Stasi-Staat empfinden, während familiäre Überlieferungen ganz überwiegend Aspekte aus dem Alltag thematisieren, der trotz etlicher Widersprüche positiv bewältigt werden konnte. Nun ist diese Diskrepanz zwischen dem kulturellen Gedächtnis und der privaten Erinnerung mitnichten neu. Entscheidend ist vielmehr, dass sich die Lernenden – je nach besuchter Klassenstufe und Schulform – diese Unterschiede nicht bzw. kaum plausibel erklären können. Hanisch, der in Sachsen bislang 16 Gruppendiskussionen an Mittelschulen und Gymnasien durchführte, kann unter anderem herausarbeiten, dass die jungen Menschen an die geschichtlichen Darstellungen sehr oft die Erwartung herantragen, historische Wirklichkeit abzubilden. Doch führt ein solches Herangehen dann schnell in eine Zwickmühle, wenn dieselben Ereignisse unterschiedlich dargestellt werden – und dies ist in familiären und schulischen Darstellungen häufig der Fall. Dass sich viele Befragte in einer solchen Situation

zu einer Entscheidung zwischen diesen Deutungen genötigt sehen und sich gleichsam intuitiv die überwiegend wohlwollenden Sichtweisen ihrer (Groß-)Eltern zu eigen machen, ist mit dem Begriff der ‚Verharmlosung‘ nicht adäquat erfasst! Dieser Terminus reflektiert in keiner Weise die Schwierigkeiten, mit denen sich die Lernenden hierbei konfrontiert sehen: dass sie nicht bzw. kaum dazu in der Lage sind, alltagsweltliche Überlieferungen kritisch in den Kontext der politischen Strukturen der „DDR“ einzubetten.

Auch die schlagzeilenaffine Empörung, junge Ostdeutsche würden die „DDR“ zu selten als Diktatur einstufen und sie deshalb verharmlosen, greift in dieser Form zu kurz. Klausmeier, die für ihre Arbeit rund 750 thüringischen Gymnasiasten der Klasse elf einen Fragebogen vorlegte, konnte zeigen, dass die Befragten im Allgemeinen sehr wohl um die repressiven und diktatorischen Dimensionen der „DDR“ wissen. Dass aber etwa ein Viertel der Befragten die „DDR“ nicht als Diktatur bezeichnet, hängt auch damit zusammen, dass der Begriff der Diktatur für die Jugendlichen sehr eng mit dem Nationalsozialismus verknüpft ist. Sie haben einen Prototyp „Diktatur“ im Kopf, der vor allem durch Adolf Hitler und die Verbrechen des Nationalsozialismus geprägt ist. Dieser Prototyp wird dann als Maßstab für die Bewertung anderer Systeme herangezogen. Eine Klassifizierung der „DDR“ als Diktatur wird von den Jugendlichen oft als Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus empfunden, weshalb die Befragten davon Abstand nehmen. Das Problem liegt also eher beim Gleichsetzen der Systeme.



Die Autoren:

Kathrin Klausmeier, Studium der Fächer Deutsch und Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Didaktik der Geschichte der Ruhr-Universität Bochum, Doktorandin an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. In ihrem Promotionsprojekt untersucht sie das „DDR“-Bild thüringischer Schülerinnen und Schüler.

Norbert Hanisch, Studium der Politikwissenschaft und Neueren und Neuesten Geschichte an der TU Dresden, Promovend an der TU Dresden, Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, freier Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Dresden, untersucht in seinem Promotionsprojekt das „DDR“-Bild der Schüler(innen) in Sachsen.



Ein weiterer wesentlicher Befund der Studie betrifft die Bedeutung der Familienerinnerungen für die historischen Vorstellungen der Jugendlichen. Klausmeier konnte statistisch signifikante Unterschiede zwischen Jugendlichen aus Familien mit positiv-affirmativen und negativ-kritischen „DDR“-Erinnerungen feststellen. Die Wirkmacht der Eltern auf die Vorstellungen ihrer Kinder sei deutlich. Die Wissenschaftlerin erklärt diesen Befund zum einen durch die Emotionalität und Loyalitätsbeziehungen, die zwischen Familienmitgliedern in der Regel herrschen. Eltern haben gegenüber dem Geschichtsunterricht naturgemäß einen Vertrauensvorschuss. Man müsse aber weiter bedenken, dass die Eltern andere Geschichten erzählen, als sie im Geschichtsunterricht vorkommen. Emotionale Erzählungen aus der Lebenswelt enger Angehöriger beeindruckten Jugendliche mehr als Inhalte des Geschichtsunterrichts, die oft auf politikgeschichtliche Inhalte abzielen.

Klausmeier und Hanisch erklären, dass sich keiner der Befragten die „DDR“ zurückwünsche. Die Jugendlichen wollen auf ihre freiheitlichen Rechte nicht verzichten. Zudem warnen sie nachdrücklich vor der Annahme, ein schlichtes Mehr an Faktenwissen führe unweigerlich zu einem kritischeren bzw. negativeren „DDR“-Bild. Das reine Wiedergeben von historischen Daten und Fakten schafft noch keinen kompetenten Umgang mit Geschichte. Gerade in Bezug auf die „DDR“-Geschichte müsse man Jugendliche vielmehr dazu befähigen, die Deutungen, die ihnen in ihrer Alltagswelt begegnen, zu hinterfragen und ein eigenes, plausibles und historisch begründbares Urteil zu fällen. Man muss bedenken, dass die Menschen in der „DDR“ ganz unterschiedliche Erfahrungen gemacht haben und damit verschiedene „Geschichten“ über die „DDR“ existieren. Die Historikerin Mary Fulbrook hat aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive das

Phänomen untersucht, dass viele ehemalige „DDR“-Bürgerinnen und Bürger behaupten, sie hätten in der „DDR“ „ein ganz normales Leben geführt“. Sie betont die Komplexität der „DDR“-Geschichte, die weder nur totalitistisch noch durch ostalgische Weichzeichnungen zu erklären sei. Dadurch, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich den Spielregeln des SED-Regimes angepasst haben, haben sie die repressiven und diktatorischen Seiten der „DDR“ nicht wahrgenommen. Hier ist es wichtig, dass Jugendliche die „DDR“-Geschichte als Konstrukt begreifen, in dem unterschiedliche, zum Teil widersprüchliche Erzählungen und Deutungen möglich sind. Der Geschichtsunterricht ist der Ort, an dem auf einer Metaebene über verschiedene Deutungen der „DDR“-Geschichte gesprochen werden sollte, sie miteinander verglichen, hinterfragt und letztlich im historischen Kontext bewertet werden. ■



Unser Maßstab: PFLEGEBERATUNG ZU HAUSE

Um Pflegebedürftige bestmöglich beraten zu können, müssen wir ihr Umfeld kennen. Deswegen besuchen wir sie in ihren eigenen vier Wänden. Sie müssen nirgendwohin, unsere Berater kommen zu ihnen. Damit setzen wir Maßstäbe. Und machen Pflege für alle besser. www.pkv.de


Wir machen *Pflege* besser – für alle.

 **PKV**
Verband der Privaten
Krankenversicherung

Von Braunkohle, Bauwirtschaft und Blumentöpfen

Die große Politik bestimmte die Schlagzeilen. Doch wie ging es den einfachen Menschen im Strudel der Zeitenwende? Ein ganz persönlicher Erfahrungsbericht von 1989 bis heute

Guten Tag! Mein Name ist Michael Sablonsky. Sehen Sie mir bitte nach, dass ich die Redaktion gebeten habe, meinen Namen leicht zu verändern. Ich würde sonst nicht berichten können, wie mir der Schnabel gewachsen ist. Also dann: Ich wurde 1959 in einem Staat geboren, den es heute nicht mehr gibt. Meinen Schulabschluss mit Abitur machte ich 1978, meinen Grundwehrdienst in der Nationalen Volksarmee leistete ich bis 1980 ab. Dann begann ich ein Studium der Gießereitechnik an der Bergakademie Freiberg, wechselte aber schon bald in den Fachbereich Geologie. Letzterer entließ mich 1985 als Diplom-Geologieingenieur. So weit die Vorrede, ab dann nämlich wurden die Zeiten spannender. Mit der 1985 aufgenommenen Tätigkeit in einem Un-

ternehmen mit dem Schwerpunkt der Braunkohleerkundung und Lagerstättenberechnung – Alternativen gab es für Nicht-SED-Mitglieder kaum – beteiligte ich mich indirekt an der weiteren Zerstörung der Umwelt und des Landschaftsgefüges in weiten Teilen meiner Heimat. Aber ich bekam den Dreck auch selbst ab, wohnte i c h

doch mit meiner Familie im Braunkohlenrevier im Umfeld von Leipzig. Täglich hatten wir vor Augen, wie der Sozialismus und die Planwirtschaft sprichwörtlich abgewirtschaftet hatten. Als die Montagsdemonstrationen in Leipzig begannen, gab es daher für mich kein Halten mehr. Ich war dabei. Und aus heutiger Sicht kann man kaum noch nachempfinden, wie groß der Jubel und die Freude über den Sturz des alten Regimes damals waren. Die Mauer fiel, die Wiedervereinigung kam, aber in die Freude mischten sich zunehmend auch Bedenken gegen die kopf- und kritiklose Übernahme des gesamten Gesellschaftssystems der Bundesrepublik. Schließlich bekamen wir schon 1990 auch die ersten negativen Folgen zu spüren. In mei-

nem Betrieb wurden die Abteilungen für die Braunkohleerkundung geschlossen, Arbeitslosigkeit drohte. Da damals alle Welt von der gigantischen Wiederaufbau- und Sanierungsleistung sprach, die in den neuen Ländern zu leisten wäre, schien es mir perspektivisch richtig, mich in Richtung Bauwesen zu orientieren. Hier sollte es doch möglich sein, eine neue Existenz aufzubauen. Denn eines war mir klar: Durch Abwarten würde im neuen System kein „Blumentopf“ zu gewinnen sein. Garantien gab es keine mehr, schon gar nicht auf einen Arbeitsplatz ...

Durch verwandtschaftliche Verbindungen, kurz Vitamin B, gelangen die Kontaktaufnahme zu einem Unternehmen des Bau- und Nebengewerbes und schließlich die Übernahme des Vertriebs seiner Produkte. Wie viele unerfahrene Ostler zahlte ich hier Lehrgeld: ausbleibende Provisionszahlungen, Nichteinhaltung von Absprachen, dazu erste Konfrontationen mit dem stets gierigen Fiskus und der Bürokratie von Krankenkassen, Versicherungen usw. Nach anderthalb Jahren war dieses Kapitel beendet, der Trennungsgrund mit gravierenden Unstimmigkeiten noch vornehm umschrieben. Gleichwohl hielt es mich in der Baubranche, denn ein ehemaliger Kunde bot die Gelegenheit zum Einstieg in ein Bauunternehmen. Als Partner. Damit machte ich erstmals Bekanntschaft mit dem Gefühl, selbständig zu sein.



Was folgte, waren harte Arbeit und lange Arbeitszeiten. Aber es lohnte sich. In den ersten Jahren brachte die gute Baukonjunktur für gute Arbeit auch gutes Geld. Und damit die Möglichkeit der Teilhabe an den materiellen Segnungen des Kapitalismus: Konsum, Reisen, Kultur; die angenehmen Seiten des Lebens ließen mich zweifelsohne zu einem Gewinner der Wende werden. In dieser Zeit wagten wir sogar den Schritt zum eigenen Heim, bauten im Süden von Leipzig unseren privaten Traum. Das wäre unter den alten Verhältnissen undenkbar gewesen.

Und doch holten uns die Wechselfälle des Lebens schon bald wieder ein. Mit der Abkühlung der Baukonjunktur zur Mitte der 1990er Jahre kam auch das Baugegeschäft ins Trudeln. Aufträge blieben aus, die Zahlungsmoral verschlechterte sich rapide, Insolvenzen von Auftraggebern kamen hinzu – auch Baulöwe Schneider hinterließ bei uns seine Spuren.

Um eine Insolvenz zu umgehen, wurde das Bauunternehmen radikal abgespeckt. Im Zug dieser „Restrukturierung“ konnte ich mich – ohne meine Einlagen zurückzuerhalten – aber ohne größeren finanziellen Schaden aus dem Betrieb zurückziehen. Doch stand ich erneut vor der Frage: Wie geht's weiter? Durch intensive Bemühungen konnte ich wieder im alten Beruf Fuß fassen und bekam eine Anstellung in einem Naturstein verarbeitenden Betrieb inklusive Tagebauleitung in der Nähe von Naumburg in Sachsen-Anhalt. Dort bot sich kurzfristig die Chance zu einem nochmaligen Wechsel zu einem großen Zulieferer der Baustoffindustrie. Hier übernahm ich die Geschäftsleitung über mehrere Tagebaubetriebe in Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Ein sehr interessanter Job, doch wurde ich in dieser Zeit zum Wochenendpendler nahezu ohne Privatleben und bekam

kaum noch mit, wie meine Heimatregion Leipzig die Metamorphose von einer verkommenen Mochtegern-Weltstadt zu einer attraktiven und modernen Metropole einleitete. Auch die Sanierung der alten Tagebaue ging merklich voran, aus Mondlandschaften wurden attraktive Freizeitareale mit riesigen Seen, die neue Messe Leipzig entstand, der Hauptbahnhof wurde saniert, der Flughafenausbau begonnen, ebenso die Innenstadtsanierung. Für mich sichtbare Zeichen des Aufschwungs, der auch andere Regionen Ostdeutschlands erfasste. Der Aufbau Ost wurde augenfällig in Form neuer Infrastruktur wie Straßen, Autobahnen und Gewerbeansiedlungen.

Natürlich fielen auch wir Sablonskys auf die Börseneuphorie herein und mussten entsprechend finanzielle Federn lassen. Dennoch war diese Zeit eine tolle, hoffnungsvolle Zeit, die ich als Lebenserfahrung nicht missen möchte.

Dann die Jahrtausendwende. Und wieder steckten wir im Auf und Ab des Lebens mittendrin. Die Rezession am Bau und in der Baustoffindustrie führte zur Schließung verschiedener Tagebaue in meinem Verantwortungsbereich. Damit wurde ich überflüssig und zu teuer. Und es kam noch bitterer: Nach einer kurzen freiberuflichen Beratertätigkeit für einen Gesellschafter meines ehemaligen Verantwortungsbereichs folgte der Absturz in die Arbeitslosigkeit. Wieder neu orientieren? Wieder neu anfangen? Rund 120 Bewerbungen verhalfen mir zu keiner neuen Stelle. Existenzängste und Depressionen waren die Folge. In blindem Aktionismus gründete ich ein Internet-Reisebüro. Ein Flop, den ich aus heutiger Sicht nur als Kurzschlussreaktion bezeichnen kann.

Also wieder arbeitslos. Dann der Entschluss zur vollkommenen beruflichen Neuorientierung mit entsprechender Ba-

sis. Meine Bemühungen um eine Weiterbildungsmaßnahme fruchteten, und so beendete ich im Frühjahr 2003 eine Maßnahme als IHK-geprüfter Fachkaufmann für Vertrieb. Richtig gemacht, signalisierte der Arbeitsmarkt, denn es erfolgte ein nahtloser Übergang in ein Angestelltenverhältnis im Dienstleistungsgewerbe. Konkreter Job: Vertriebsleitung. Dort findet man mich gottlob noch heute, auch wenn mein Dienstherr zwischenzeitlich aufgekauft wurde und längst unter einem anderen Namen fungiert.

In der Zwischenzeit entwickelte sich die Region zum Teil rasant weiter, die Perspektiven für Leipzig und sein Umland sind gut. Porsche und BMW siedelten sich an, das europäische Luftdrehkreuz von DHL entstand. Parallel wurde und wird die Infrastruktur auch in den Naherholungsgebieten kräftig ausgebaut. Die dadurch gesteigerte touristische Attraktivität versuchten wir zu nutzen, indem wir eine kleine Ferienwohnung im Haus einrichteten, die nicht nur zu Messezeiten Belegung findet. Ein kleines Zubrot, das aber helfen könnte, wenn es wieder mal eng wird ...

Alles in allem eine sehr wechselhafte Geschichte, die da seit 1989 über mich und meine Familie hereinbrach. Aber: Trotz aller Schwierigkeiten geht mein Blick keinesfalls zurück im Zorn, im Gegenteil: Mit Fleiß und Flexibilität haben wir uns durchgekämpft. „Wendzeiten“ sind nun mal auch chaotische Zeiten. Uns geht es heute gut, und das dem so ist, verdanken wir sicher auch dem Umstand, dass in all den Jahren die Familie immer zusammenhielt. Mein Sohn hat zwischenzeitlich Abitur gemacht und im Bereich der Flugsicherung sein berufliches Auskommen gefunden. Möge sein Weg geradliniger sein als der meine



Erst fiel die Mauer, dann standen die großen Braunkohlenlager südlich von Leipzig still. Die ehemaligen Tagebaue sind heute rekultiviert und beliebte Ausflugsziele.

Fünf Fragen an Rainer Eppelmann:

Eine große demokratische Leistung ...

Zu den handelnden Personen rund um den Mauerfall vor 25 Jahren gehörte auch der evangelische Pfarrer Rainer Eppelmann (CDU), damals Minister für Abrüstung und Verteidigung in der letzten „DDR“-Regierung unter Lothar de Maiziere, heute Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Herr Eppelmann – 25 Jahre nach den bewegenden Ereignissen des November 1989 – welche Bilanz ziehen Sie persönlich? Haben sich Ihre Erwartungen an die Wiedervereinigung erfüllt?

Selbstverständlich sind nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen, weder von mir noch von anderen. Schließlich ist der Blickwinkel, den man dazu einnimmt, von den persönlichen Begleitumständen abhängig. Für viele stand und steht etwa die Frage nach Arbeit, verlässlicher Arbeit, im Mittelpunkt. Und diese ist bekanntlich für viele nicht rundum positiv beantwortet worden. Damals kursierte in vielen Köpfen die Vorstellung: „So leben wie bei Kohl, so arbeiten wie bei Honecker“ – doch derart paradiesische Zustände gibt es in einer Leistungsgesellschaft nun einmal nicht.

Unter dem Strich hat Deutschland im Rahmen der Wiedervereinigung eine herausragende Leistung erbracht, das bescheinigen uns auch alle internationalen Partner. Die immer wieder zitierten „blühenden Landschaften“ mögen etwas länger gedauert haben als zunächst erhofft, doch musste diese gigantische Aufgabe ja auch erst einmal gestemmt werden. Marode Städte wurden vor dem Zerfall gerettet, die Infrastruktur komplett erneuert. Uns ehemaligen „DDR“-Bürgern, die wir jahrzehntelang eingesperrt waren, steht heute die ganze Welt offen, keiner schreibt uns vor, was wir lesen dürfen oder was wir zu tun oder zu lassen haben, um nur einige Beispiele zu nennen. Wenn das keine positive Bilanz ist ...

Damals fiel in Ihr Ressort als Minister die Überführung der Nationalen

Volksarmee in die Bundeswehr. Gelang diese diffizile Aufgabe so glatt und geräuschlos, wie es nach außen hin den Anschein hatte?

Anfangs waren die Ängste der Soldaten groß, doch nach einer ersten Kommandeurstagung, die deutlich machte, dass der Pfarrer Eppelmann die Ängste und Sorgen auch der Menschen in Uniform ernst nimmt, war das Eis gebrochen. Im Endeffekt wurden gut 11000 NVA-Soldaten in die Bundeswehr übernommen. Die Leitlinie war dabei allerdings eindeutig gezogen: Wer für die Stasi gearbeitet hatte, sollte in der Armee der Einheit keinen Platz finden. Ich glaube, das ist auch gut gelungen. Insgesamt war es eine große demokratische Leistung, zwei sich zuvor konträr gegenüberstehende Armeen in wenigen Monaten zusammenzuführen. Die Bemerkung sei erlaubt, dass man im umgekehrten Fall mit der Bundeswehr wohl ganz anders umgesprungen wäre.

Viele Menschen fragen sich: Was gibt es eigentlich noch aufzuarbeiten, das ist doch alles Geschichte. Wozu also die Stiftung?

Es gibt heute im wiedervereinigten Deutschland eine Menge Menschen, denen aufgrund ihrer Biografien nicht ausreichend bewusst ist, dass die Frage, ob Demokratie oder Diktatur, eine Schicksalsfrage für uns alle ist. Deshalb liegt der Schwerpunkt der Stiftungsarbeit auch auf stetiger Erinnerung. Jeden Tag haben wir mehr Bürger ohne Diktaturerfahrung. Das ist gut so, aber wir müssen auch dafür sorgen, dass es so bleibt. Die Stiftung

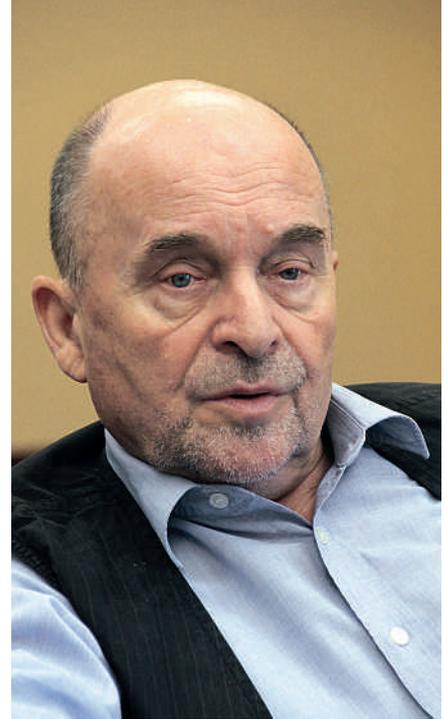


Foto: Bundesstiftung Aufarbeitung

versucht über Zeitzeugen, Seminare, spezielle Veranstaltungen und Publikationen die Erinnerung an den Unrechtsstaat „DDR“ wachzuhalten. Wir unterstützen jegliche Initiativen, die sich ein ähnliches Ziel gesetzt haben. Und wenn Sie fragen, was es noch aufzuarbeiten gibt, so kann ich nur sagen, eine ganze Menge. So ist immer noch eine Fülle von Fragen offen, was das Ministerium für Staatssicherheit zu verantworten hatte. Noch nicht ausreichend fokussiert wurde auch die Rolle des Zentralen Politbüros der „DDR“.

Mit Fragen wie dem verschwundenen SED-Vermögen oder der Wirtschaftshistorie der „DDR“ beschäftigt sich die Stiftung nicht?

Nein, unser Auftrag ist die Erinnerung. Wir unterhalten ein Netzwerk mit der Wissenschaft und sind Partner von Gedenkstätten, Museen, Geschichtsvereinen, unabhängigen Archiven, der Verbände der Opfer der SED-Diktatur, aber auch von Trägern der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit, deren Projekte wir – soweit möglich – finanziell unterstützen. Seit 1998 haben wir so über 2300 Projekte der historisch-politischen Bildungsarbeit unterstützt.

Was sagen Sie denjenigen, die SED-Regime und „DDR“-Vergangenheit inzwischen verharmlosen bzw. verklären?

Sie sind entweder blind oder haben ein ganz schlechtes Gedächtnis, oder es ist ihnen einfach nicht zu helfen.

Herzlichen Dank für das Gespräch. ■

Der Postbote als „Kümmerer“?

Vorsicht vor Scheinsicherheit

Interview mit Eugen Brysch, Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, zu dem Service-Angebot „Post persönlich“ von Deutscher Post und Johanniter-Unfall-Hilfe (vgl. Souverän 3-2014, S. 35).

Die Deutsche Post kümmert sich jetzt um hilfsbedürftige Menschen. In zwei Städten, nämlich in Gelsenkirchen und Mülheim, startete sie mit ihrem Kooperationspartner Johanniter-Unfall-Hilfe das Pilotprojekt „Post persönlich“. Wie finden Sie das?

Ich rate da zur Vorsicht. Der Postbote ist für viele ältere Alleinstehende mitunter die einzige Kontaktperson am Tag. Diese Situation nutzt die Deutsche Post jetzt für ein neues Geschäft auf Kosten von Senioren.

„Post persönlich“ soll doch ein Hilfsangebot sein: Der Briefzusteller erkundigt sich mit einem täglichen Kurzbesuch nach dem Befinden und überreicht die Post. Was spricht denn dagegen?

Weil den Senioren und Hilfsbedürftigen Geld aus der Tasche gezogen wird für eine fragwürdige Leistung.

Warum fragwürdig? Der Zusteller schaut nach dem Wohl des Kunden. Sollte dieser Hilfe benötigen oder

nicht die Tür öffnen, verständigt er die Johanniter-Unfall-Hilfe. Die kümmert sich dann weiter. Klingt doch gut, oder?

Die Post wirbt damit, jetzt auch Briefe persönlich abzugeben. Tatsächlich kommt der Zusteller – je nach gebuchter Variante – an drei Tagen gar nicht – also fast die Hälfte der Woche nicht. Das heißt: Die Post verkauft mit diesem Geschäftsmodell eine Sicherheit, die sie gar nicht bieten kann.

Erklären Sie das bitte genauer.

Der Markt der Hausnotrufsysteme ist heiß umkämpft. Deutsche Post und Johanniter verkaufen ängstlichen und alten Menschen sowie deren Angehörigen vermeintliche Sicherheit. Mit der Vertrauensstellung Postbote, der für viele einsame Senioren der einzige menschliche Kontakt am Tag ist, soll schnelle Kasse gemacht werden.

Ist die Post-Offerte aus Ihrer Sicht zu teuer?

Ja. Denn mit 40 Euro liegt das Angebot doppelt so hoch wie bei herkömmlichen



Anbietern im Markt. Und wenn der Postbote sonntags, montags und feiertags nicht zweimal klingelt, dann sollte jeder, der diesem Angebot glaubt, wissen: Der Preis ist eine Frechheit.

Was ist aus Ihrer Sicht die Alternative?

Fast alle Anbieter von Hausnotrufsystemen erkundigen sich telefonisch täglich nach dem Wohl ihrer Kunden. Und diese können es mit der medizinisch-pflegerischen Qualifikation eines Postboten aufnehmen.

Wie viel Zeit nimmt sich der Zusteller eigentlich für den Kurzbesuch?

Die Post sagt: Ein bis zwei Minuten pro Kunde seien bislang als Zeitansatz eingeplant. Dieses Budget kritisiert selbst der Sprecher der Fachgewerkschaft der Post. Maik Brandenburger sagt: Es sei realitätsfern, den versprochenen Service in so kurzer Zeit zu gewährleisten. Deshalb sage ich: Vorsicht vor teurer Scheinsicherheit! ■



Elbe

Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.
Betreuung möglich, gegenüber im
Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohlmann-Straße

Wie **marode** ist die Bundesrepublik?

Straßen mit Schlaglochalarm, bröckelnde Brücken, Schulen mit Sanierungsbedarf, marode Abwasserkanäle – es gibt viel zu tun in Deutschland. Nicht nur, aber ganz besonders auf kommunaler Ebene ...

- Die Kommunen sind für rund 67.000 Brücken und etwa 610.000 Kilometer Straßen in Deutschland zuständig. Der Investitionsrückstand liegt in diesem Bereich bei rund 30,7 Milliarden Euro (Kommunalpanel 2014 der KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau). Eine Studie des Deutschen Institut für Urbanistik (difu) aus dem Jahr 2013 veranschlagt den notwendigen Investitionsbedarf allein für den Ersatzneubau kommunaler Straßenbrücken auf etwa 16 bis 17 Milliarden Euro.
- Im Bereich Schulen, Erwachsenenbildung und Kinderbetreuung liegt der kommunale Investitionsrückstand der Kommunen – laut KfW – bei rund 29,5 Milliarden Euro
- Fast zwölf Milliarden Euro müssten laut KfW in Sportstätten und Bäder fließen.

Soweit die größten aktuellen Investitionsbedarfe. Darüber hinaus besteht ein milliardenschwerer kommunaler Investitionsstau bei der Wasserver- und -entsorgung (Stichwort: marode Abwasserkanäle), bei der Gesundheits- oder der Informationsinfrastruktur. Das KfW-Kommunalpanel 2014 beziffert den Investitionsrückstand, der sich über Jahrzehnte entwickelt hat, auf summa summarum 118 Milliarden Euro.

Jetzt schon absehbar sind weitere Herausforderungen, die die Städte und Gemeinden (im Zusammenspiel mit Bund und Ländern) schultern müssen. Etwa die Energiewende oder der demografische Wandel. Um beispielsweise eine barrierefreie, altersgerechte Infrastruktur anbieten zu können, sind – nach einer difu-Studie – bis zum Jahr 2030 mehr als 50 Milliarden Euro notwendig.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat im Sommer den Substanzverlust bei der öffentlichen Infrastruk-

tur auf jährlich 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beziffert. In der Tageszeitung „Die Welt“ vom 22. August wird der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger, wie folgt zitiert: „Deutschland zehrt von seiner Substanz, täglich verliert unsere Infrastruktur 13 Millionen Euro an Wert.“

Andererseits „bewegen sich die Schulden der Kommunen unverändert auf einem kritisch hohen Niveau“, berichtet der Deutsche Städte- und Gemeindebund – und hat dabei die aktuellen Zahlen vor Augen, die das Statistische Bundesamt im August veröffentlicht hat. Diese zeigen, dass der kommunale Schuldenberg noch größer ist als angenommen und die bisher für Kern- und Extrahaushalte ermittelte Summe von 133,6 Milliarden Euro deutlich übersteigt. Insgesamt ist nach Angaben des Deutschen Städte- und Gemeindebundes „mit einer Verschuldung von annähernd 260 Milliarden Euro zu rechnen“. Grund: Erstmals sind in die Schuldenstatistik auch die Verbindlichkeiten kommunaler Zweckverbände und weiterer wirtschaftlicher Beteiligungen eingeflossen.

Zwar haben die Kommunen im vergangenen Jahr rund eine Milliarde Euro mehr investiert als 2012 (meist in Verkehrsinfrastruktur). Aber „von Entwarnung kann keine Rede sein“, sagte Dr. Jörg Zeuner, Chefvolkswirt der KfW-Bankengruppe, schon bei der Vorstellung des KfW-Kommunalpanels 2014 im Mai. „Noch mehr als die Höhe des Investitionsstaus“ beschäftigten Zeuner aber „die schlechten Erwartungen der finanzschwachen Kommunen“. Zeuner: „In vielen von ihnen verdrängt der Konsolidierungsbedarf die Investitionsentscheidung.“

Nicht getätigte Investitionen aber setzen eine Prozessspirale in Gang: Je weniger Geld in eine vernünftige Infrastruktur fließen kann, umso unzufriedener sind Bürger und Unternehmen. Diese wandern ab, mit der Folge, dass sich das Steueraufkommen vermindert, was wiederum notwendige Investitionen verhindert. Was dann bleibt ist die Notstandsverwaltung. Die augenblickliche Diskussion um die Erhebung einer Pkw-Maut zur Sanierung unserer Bundesfernstraßen ist also nicht mehr als ein KLEINER Ausschnitt der Gesamtproblematik. ■ CBO

Investitionsrückstand der Kommunen 2013



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2014

© KfW 2014

Integrationshilfe?

Im Gegenteil

Zur Souverän 3-2014, S. 30

Brauchen wir Deutschen in der Zwischenzeit nicht täglich auch eine „Integrationshilfe“? Eine Hilfe dafür, dass wir ältere oder gar alte deutsche Staatsbürger unsere doch ehemals so vertraute Heimat überhaupt noch richtig erkennen, wahrnehmen, fühlen und in ihr leben können. Eine solch tief sitzende Verbundenheit zur Vielfalt unserer deutschen Sprache, geprägt durch Menschen mit ihrer gewachsenen Identität zu ihrer jeweiligen Landschaft, ihrer Geburtsheimat. Das sind die Werte, die eine deutsche Staatsbürgerschaft im Kern verkörpern.

Sicherlich sind diese Werte auch einem stetigen Wandel unterzogen. Das heißt aber noch lange nicht, dass dieser Wandel als Anpassung an andere, von außen kommende, neue Kulturkreise erfolgen muss. Im Gegenteil! Immigranten, gleich woher und aus welchen Gründen auch immer, müssen sich in ihrem Gastland so rasch als möglich um Integration bemühen. Die erste Voraussetzung, um einer gefährlichen Gettoisierung zu entgehen, ist, dass der Wille zur Erlernung unserer deutschen Sprache viel stärker als bisher von behördlicher Seite abverlangt, aber auch dementsprechend gefördert, werden muss.

Aus der Vergangenheit der letzten 20 bis 30 Jahre wurde diese Bedingung z.B. bei unseren türkischstämmigen Bürgerinnen und Bürgern, sträflich, und wie wir immer wieder erleben, mit fatalen Folgen vernachlässigt. Das Angebot einer doppelten Staatsbürgerschaft für diese Klientel ist meist kontraproduktiv. Der feste Wille zur Integration in unser staatliches Gemeinwesen wird damit untergraben. Die Frontfrau der GRÜNEN, Claudia Roth, behauptet ja stur das Gegenteil. Wer hier bei uns in Deutschland lebt und auch weiterhin leben und arbeiten will, der sollte es sich selbst zur Aufgabe machen, sich unserer Werteordnung unterzuordnen, sie so anzunehmen, dass er kein Schlupfloch einer doppelten Staatsbürgerschaft mehr in Anspruch nehmen muss. Wer kann schon auf Dauer unbeschadet zwei Herren, sprich, gegensätzlichen Staatsformen und Ideologien, dienen? Dieses sowohl als auch entbehrt einem festen Halt, auf das diese Menschen hier bei uns einen Anspruch haben. Wer sich permanent in einem heimatbezogenen Zwiespalt befindet, und auch noch aufgestachelt wird, dem wird eine Assimilation, selbst auf Dauer, wohl kaum gelingen. Fazit: Der Sinn einer doppelten Staatsbürgerschaft hat ihr Ziel weit verfehlt!!!

Karl-Heinz Broesamle, 26188 Edewecht

Qualifizierter als

jede Generation zuvor

Zur Souverän 3-2014, S. 22

Dies sehe ich auch so. Aber die Praxis sieht es nicht. Ich suche seit 20 Monaten einen Nebenverdienst. Dabei bin ich von geringfügiger Beschäftigung bis zur Vollzeit flexibel. Aufgrund meines Alters (mittlerweile 64) bekomme ich jedoch keine Angebote. In meinem Beruf als Versicherungsfachmann wird mir nur eine selbstständige Tätigkeit angeboten, bei der ich alle Kosten selbst tragen muss. Meine Erfahrung von über 30 Jahren Verkauf könnte ich auch im Innendienst einsetzen, z.B. bei der Beratung oder der Schadenregulierung. Doch da würde ich ja nur „Geld kosten“. Die Vorteile sieht keiner. Auch meine Bewerbungen bei einigen großen Discountern ergaben nichts. Offensichtlich können junge Leute besser Regale einräumen als alte. Selbst Bekannte, die im Jobcenter arbeiten, bestätigen mir, dass es immer noch so ist. Die Einzige, die mir Arbeit geben konnte, war eine Zeitarbeitsfirma. Dort kann ich ca. vier bis sechsmal im Monat eine Schicht in der Fabrik fahren. Das hätte ich mir nicht träumen lassen, dass ich mein Geld im Alter als „Hilfsarbeiter“ verdienen muss.

Wolfgang Sprungk, 56727 Mayen

Was sich die Regierung vorgenommen hat ...

Zur Souverän 2-2014, S. 6/7

Der Minister hat eine ganze Reihe von Themen angesprochen, die in der kommenden Zeit aufgearbeitet werden müssen. Ein wichtiges Thema hat er ausgelassen, dem er sich dringend persönlich zuwenden sollte. Die Knappheit des Pflegepersonals werden wir nicht so schnell ändern können. Aber wir könnten ein ganz wichtiges Thema aufgreifen: Wie entlasten wir das Pflegepersonal unmittelbar bei seiner Tätigkeit? Auf den Stationen wird immer wieder darüber geklagt, dass die Kranken und Behinderten nicht sachgemäß betreut werden können, weil die Zeit fehle. Eine Fülle von Bestimmungen der Dokumentation wird in den Mittelpunkt gestellt. Für die unmittelbare Pflege bleibt nicht die nötige Zeit. Hier wäre ein Eingreifen des Ministers dringend geboten. Die Strukturen sind so fest eingelaufen, dass sie aus eigener Kraft nicht mehr geändert werden können. Hier ist ein neuer Anstoß von außen geboten...

Claus von Arnim, 26452 Sande

Sprache macht mündig

Zur Souverän 2-2014, S. 37

Leider etwas zu spät, aber angeregt durch die Leserbriefe „Sprache macht mündig“,

Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns.

Bitte schreiben Sie uns:

**Senioren-Union der CDU Deutschlands
Leserbriefe
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.



möchte ich Folgendes zum Thema hinzufügen: Nach dem verlorenen 2. Weltkrieg und als die Besatzer in Deutschland einzogen, war es modern, sich mit der englischen Sprache zu identifizieren. Alle Deutschen fanden es in Ordnung, unsere Sprache mit Anglizierten zu vermischen. Es ist im Interesse der Amerikaner, auf dem Sektor Sprache, Musik, Radio und Fernsehen dieses zu erreichen. Selbst unsere Jugend und auch das „Mittelalter“ machen da kräftig mit.

Ich meine, wir sind Deutsche und haben eine sehr lange Kultur und unsere Muttersprache ist deutsch. 2008 forderte der CDU-Stadtbund Völklingen in einem Antrag an den 22. Bundesparteitag: die deutsche Sprache im Grundgesetz zu verankern. Auch der damalige niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff sagte: Der Schutz der Sprache sei notwendig. Die deutsche Sprache müsse gegen „Sprachpanscher“ verteidigt werden.

In einem Brief 2007 an die Bundesabgeordnete der SPD, Frau Evers-Mayer, habe ich mich gegen die Bezeichnung: „Girls'-Day“ gewehrt. Antwort Frau Evers-Mayer, Zitat: Die Organisatoren des „Girls'-Day“ sagten mir, dass die Bezeichnung von allen beteiligten Institutionen verwendet wird. Deswegen hat die SPD-Fraktion entschieden, weiterhin die gängige englische Bezeichnung zu verwenden. Zitat Ende.

Ich bin der Meinung, dass gerade Politiker, Behörden und Parteien in vorbildlicher Weise mit der deutschen Sprache umgehen sollten, statt falschen Vorbildern nachzueifern und die Sprache mit vermeintlich modernem Englisch zu überfrachten.

Walter Volling, Vorsitzender der Senioren-Union Wilhelmshaven

Auszeichnung der Senioren-Union für Michail S. Gorbatschow:

In Dankbarkeit und Anerkennung ...



Michail Gorbatschow

Michail S. Gorbatschow wurde 1931 in Südrussland als Sohn einer Bauernfamilie geboren. Er studierte Jura und Agrarwirtschaft. Mit 21 Jahren trat Gorbatschow der KPdSU bei und stieg 1971 ins Zentralkomitee der KPdSU auf. Im Jahr 1985, im Alter von 54, wurde Gorbatschow Generalsekretär, 1990 wurde er zum Staatspräsidenten der UdSSR gewählt. Er setzte mit Glasnost und Perestroika Reformprozesse in Gang, konnte die Krise in der UdSSR aber nicht verhindern. Nach dem gescheiterten Putsch von 1991 schwand seine Macht, die UdSSR löste sich auf. CB

Mit der Verleihung der „Goldenen Medaille für Verdienste um Versöhnung und Verständigung unter den Völkern“ ehrte die Senioren-Union am 10. November in Berlin den ehemaligen Präsidenten der Sowjetunion, Michail S. Gorbatschow, für seine Friedens- und Verständigungspolitik.

Gorbatschows Bemühungen um Glasnost und Perestroika hätten zum Ende des Kalten Krieges geführt und eine Entwicklung eingeleitet, die im Ergebnis die Wiedervereinigung Deutschlands und ein friedliches Zusammenwachsen Europas möglich

machte, betonte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, in seiner Laudatio. Die von der Senioren-Union gestiftete Auszeichnung solle den Blick auf ebensolche Persönlichkeiten lenken, die „selbst in einer von Zerstörung, Hass, Menschenverachtung und tiefer Feindschaft durchtränkten Zeit dennoch Versöhnung vorlebten, Menschlichkeit vor Menschenverachtung, Zuwendung vor Abkehr stellten und nicht wegschauten, wenn Hilfe gefordert war“, so Wulff (Wortlaut der Rede auf den Folgeseiten).

In seinen Dankesworten betonte Gorbatschow, der von seiner Tochter Irina Mihailovna Virganskaya begleitet wurde, die traditionell guten Beziehungen zwischen Russland und Deutschland. „Diese Freundschaft hat in der jüngsten Zeit Risse erhalten“, bedauerte der ehemalige Staatschef.

Diese Risse dürften nicht größer werden, man müsse sie vielmehr schließen und vor allem verhindern, das neue Mauern aufgerichtet werden. Gorbatschow hatte im Rahmen seines Deutschlandbesuchs auf seinen ausdrücklichen Wunsch hin auch ein ausführliches Gespräch mit Dr. Helmut

Blumen für Gorbatschows charmante Begleitung, seine Tochter Irina Mihailovna Virganskaya. Daneben: Bundestagspräsident Norbert Lammert sprach ein Grußwort. Unten: der Bundesvorstand der Senioren-Union mit Ehrengast.



Kohl geführt und beschrieb den ehemaligen Bundeskanzler, mit dem er sich unbedingt habe austauschen wollen, als eine einmalige Persönlichkeit mit klaren Zielen und starkem Willen.

Großen Respekt bekundete er auch vor Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, die ihn vor der Veranstaltung im Kanzleramt empfangen hatte. Er sei sich mit der Bundeskanzlerin, die in Russland sehr beliebt und anerkannt sei, völlig einig, dass es unverzüglich zur Beilegung der aktuellen politischen Spannungen kommen müsse, erklärte Gorbatschow unter Beifall der Festversammlung. Dazu regte er an, in Reden und Verlautbarungen die Rhetorik abzurüsten. „Nicht Ton und Sprache sollten im Vordergrund stehen, es kommt vielmehr auf Sinn und Inhalte an.“

Er zähle sich selbst zu der Gruppe der Senioren und forderte seine Gleichaltrigen in

der Senioren-Union auf, an die guten Entwicklungen in den russisch-deutschen Beziehungen nach dem Krieg anzuknüpfen und diese quasi als Vermächtnis an Kinder und Enkel weiterzugeben, damit nicht verlorengehe, was mit Mühe und Kraft aufgebaut worden sei.

Solange beide Länder gut miteinander auskämen, solange gehe es allen gut in Europa, betonte er. Eindrucksvoll schilderte er das Engagement von Kriegsveteranen beider Seiten bei der Pflege von Soldatenfriedhöfen. An diesem Beispiel zeige sich, dass die Völker selbst manchmal weiser seien als manche ihrer Führer. Sein Fazit: Die Älteren seien sich der hohen Bedeutung von Frieden und Völkerverständigung bewusst. „Wir müssen uns deswegen mit lauter Stimme zu Wort melden, damit wir gehört werden. Wir können es uns nicht leisten, uns zurückzulehnen und nichts zu tun.“

In einem Grußwort bezeichnete Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert Gorbatschow als den Wegbereiter der deutschen Einheit. Deutschland habe mit dem Fall der Mauer das Recht auf Selbstbestimmung realisieren können. Aus dieser Erfahrung heraus müsse verstanden werden, dass gerade die Deutschen sich verpflichtet fühlen, dieses Recht auch für jedes andere Land gelten zu lassen, warb der CDU-Politiker um Verständnis für die deutsche Haltung z.B. in der Ukraine-Frage.

Die Veranstaltung, an der neben dem Bundesvorstand der Senioren-Union namhafte Vertreter des diplomatischen Korps, der Politik und der Wirtschaft teilnahmen, fand im Haus der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin statt. ■

CB

„Vorbilder gilt es zu ehren ...“

Rede des Bundesvorsitzenden der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff

„Mit der Verleihung der ‚Goldenen Medaille für Verdienste um Versöhnung und Verständigung unter den Völkern‘ will die Senioren-Union in besonderer Weise den Blick auf Persönlichkeiten lenken, die selbst in einer von Zerstörung, Hass, Menschenverachtung und tiefer Feindschaft durchtränkten Zeit dennoch Versöhnung vorlebten, Menschlichkeit vor Menschenverachtung, Zuwendung vor Abkehr stellten und nicht wegschauten, wenn Hilfe gefordert war. Sie wurden Vorbild für uns alle, und Vorbilder gilt es zu ehren. Ehrung hat nun mal mit Dankbarkeit und Anerkennung zu tun, die leider nur zu oft den Menschen abhanden kommen und in Vergessenheit geraten.

Bereits vor elf Jahren, 2003, hat die Senioren-Union eine Mitbürgerin Ihres großen Landes, hochverehrter Herr Michail Gorbatschow, mit ihrer Ehrenmedaille ausgezeichnet. Sie war eine ehemalige Krankenschwester, die trotz der an Grauen und

Erbarmungslosigkeit nicht zu überbietenen Schlacht um Stalingrad Humanität und menschliche Zuwendung bewiesen hat. Als Sanitäterin hat sie nicht nur die ihr anempfohlenen verwundeten russischen Soldaten gepflegt, sondern ebenso den in Gefangenschaft geratenen verwundeten deutschen Soldaten, Soldaten des Feindes also, ihre Hilfe gewährt und sie vor dem Tod bewahrt. Gemeinsam mit ihr wurde die damals noch letzte lebende deutsche Krankenschwester aus den Kämpfen in Stalingrad geehrt, die sich wie ihre russische Kollegin nicht allein und vorrangig um ihre eigenen verwundeten Landsleute kümmerte, sondern ihre Fürsorge gleichermaßen den russischen Kriegsoffizieren zukommen ließ. Sie wollte, wie sie mir seinerzeit anvertraute, einfach ihrer christlichen Pflicht nachkommen. Beide Frauen haben vor über 70 Jahren unter heute unvorstellbaren Bedingungen auf ihre Art die Feindschaft zwischen Russen und Deutschen besiegt und Zeugnis dafür abgelegt, dass Menschlichkeit in einer von Hass und Chaos beherrschten Welt nicht gänzlich untergegangen war. Für alle Teilnehmer im Französischen Dom zu Berlin, wo die Veranstaltung stattfand, war es ein unvergesslicher Augenblick, als die beiden

Schwwestern, die Russin weit über 80 und die Deutsche über 90 Jahre, Hand in Hand vortraten und in Gegenwart der damaligen CDU-Vorsitzenden und heutigen Bundeskanzlerin Angela Merkel die Versöhnungsmedaille entgegennahmen. Es waren bewegende Augenblicke für alle.

Niemand von uns Deutschen kommt an der Tatsache vorbei, dass unsere Geschichte, eben die Geschichte der Deutschen, mit dem Leid vieler Menschen, auch dem vieler Unschuldiger des eigenen Volkes, zu tun hat, dessen Ursachen in einer menschenverachtenden, rassistischen Politik lagen, die in dieser Stadt ihren Ursprung hatte. Doch die Erinnerung daran, die freilegt, die die Wahrheit nicht verschleiert, sondern klärt, eine solche Erinnerung kann Wunden heilen. Und wenn Erinnerung heilt, verfällt sie nicht dem Vergessen.

Wer sich um das russisch-deutsche Verhältnis bemüht, kann die Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht einfach ausblenden. Doch es bleibt dabei, trotz Stalingrad und anderer schrecklicher Ereignisse war der Konflikt zwischen beiden Ländern nicht der Normalzustand, sondern die Ausnahme. Über Jahrhunderte hat es eine überaus gute, bisweilen sogar herzliche Beziehung

Festakt der Senioren-Union für Michail Gorbatschow in der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin



zwischen beiden Völkern gegeben. Die Russen schwärmten von der deutschen Klassik, und die Deutschen waren fasziniert, die sogenannte „russische Seele“ zu verinnerlichen, die sie in den Romanen von Tolstoi, Dostojewski, des großen Turgenjew und des von mir über alles geliebten Anton Tschechow entdeckt hatten.

Als ältere Bürgerinnen und Bürger in der Senioren-Union waren wir stets darum bemüht, dass der so ungemein erfolgreiche und segensreiche Versöhnungsprozess der Deutschen mit Israel und in Europa mit ihren westlichen Nachbarn nicht an der Elbe Halt machen durfte. Eine enge Zusammenarbeit, besonders mit Polen und Russland, wie auch mit allen anderen Staaten Osteuropas, die im Krieg unsägliches Leid ertragen mussten, war nach der von Ihnen, Herr Präsident Gorbatschow, eingeleiteten Friedens- und Entspannungspolitik nun erst recht ein Gebot der Stunde. Sie haben die ganz wesentlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Welt, zumindest in Europa, friedlicher werden konnte, trotz aller immer noch bestehenden Konflikte und Gewalttätigkeiten.

Der wohl bedeutendste und aus historischer Sicht überzeugendste Beweis für Ihre umfassende Friedensinitiative wurde sichtbar in Ihrer Glasnost- und Perestroikapolitik. Es war Ihre Überzeugung, dass Frieden im politischen Raum nicht allein ein äußeres Wohlverhalten ist, sondern immer auch eine bestimmte innere Gesinnung voraussetzt, die vom Geist der Versöhnung und Aussöhnung erfüllt ist, wo das Bewusstsein der Brüderlichkeit einen festen Platz hat. Sie gaben mit Ihrer Politik zu erkennen, dass Frieden, so er Bestand haben soll, stets mehr sein muss als das zeitweilige Ruhen von Waffen und auch mehr als die Eintracht der Nationen unter dem Edikt der vielbeschworenen gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Interessen.

Damit ich recht verstanden werde, Sie, Herr Präsident, und wir alle wissen aber auch, dass Entwicklung und Fortschritt in der Welt immer mit geistigen Auseinandersetzungen und unterschiedlichen Meinungen, sogar Gegensätzen zusammenhängen. Sie gilt es zu erhalten, da die Gesellschaft sonst in einem lähmenden Gemeinwesen verstummen würde, das einem Angriff auf die Freiheit gleichkäme.

Für Ihre Politik, Herr Präsident, haben Sie zu Recht den Friedensnobelpreis erhalten. Sie haben allen vor Augen geführt, dass Feindschaft fürchterliche Folgen hat und durch eine Solidarität ersetzt werden muss, die dem Gemeinwohl aller Menschen auf diesem Planeten dient, der täglich kleiner wird und der nur gemeinsam gerettet werden kann, statt mit Bomben und Granaten zugrunde gerichtet zu werden. Die deutsche Politik hat sich erfolgreich dieser Friedenspolitik der Aussöhnung und Verständigung angeschlossen. Nicht nur die Deutschen erfuhren die Einigung, alle Europäer fanden in der Einheit zusammen. Europa hat den größten Sieg über sich selbst errungen: Feindschaften, gar Erbfeindschaften wurden getilgt, Freundschaften traten an ihre Stelle. Mein Vaterland, die Bundesrepublik Deutschland, wurde zu einem unverrückbaren Teil eines vereinten, dem Frieden verpflichteten Europas.

„Wir Älteren müssen uns mit lauter Stimme zu Wort melden. Wir können es uns nicht leisten, uns zurückzulehnen und nichts zu tun.“

Michail Gorbatschow

Diesen Erfolg wollen wir weiter vervollständigen, eine Arbeit, von der wir allerdings auch wissen, dass sie nie aufhören wird und Enttäuschungen nicht ausbleiben. Meinungsverschiedenheiten werden immer wieder auftreten, auch Konkurrenzdenken. Rivalitäten, die in manchen Regionen unseres Kontinents nicht sehr weit von hier leider noch bestehen, sollten schnellstens und dauerhaft beseitigt werden. Freiheit, Selbstbestimmung und Unantastbarkeit der Grenzen müssen unzerstörbares Recht aller Völker bleiben.

Heute, hochverehrter Herr Präsident Michail Sergejewitsch Gorbatschow, sind Sie zu uns gekommen und geben uns die große Ehre, Sie für Ihre Arbeit für Versöhnung und Verständigung unter den Völkern auszuzeichnen. Darüber empfinden wir große Freude. Als ältere Generation in Deutschland mit all ihren Erfahrungen aus der Vergangenheit möchten wir aber auch daran erinnern, dass das europäische Eini-

gungswerk, dem wir uns als Deutsche aus voller Überzeugung und unumkehrbar verschrieben haben, deshalb nur eine logische Folge vorgibt: Europa und Russland müssen ein dauerhaftes und freundschaftliches Verhältnis zueinander finden mit allen nur möglichen guten politischen, wirtschaftlichen, vor allem kulturellen Beziehungen, die unter Kulturnationen selbstverständlich sind. Das liegt im wohlverstandenen Interesse unserer beiden Völker und dient dem Frieden in der Welt.

Die Feier heute im ehemaligen Reichstagspräsidentenpalais soll nicht zuletzt ein Zeichen dafür setzen, dass der zur Freude von Millionen von Menschen dank Ihrer historischen Mithilfe, hochverehrter Herr Präsident, beendete Kalte Krieg nicht auf eine andere Art von Kälte neu entfacht oder fortgesetzt werden darf. Opfer wären wir sonst alle!

Gestatten Sie mir abschließend, lieber verehrter Michail Sergejewitsch Gorbatschow, noch eine sehr persönliche Bemerkung. Heute vor 25 Jahren auf den Tag genau war ich als Abgeordneter des Deutschen Bundestags 18 Stunden nach dem Fall der Mauer in Berlin und hörte auf dem Breitscheidplatz in der Nähe der Gedächtniskirche die Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl. Er sprach von der Chance einer neuen Friedensordnung in Europa, die auch die Spaltung Deutschlands überwinden könne. Wenn mir an diesem Abend ein hellseherischer Augur vorausgesagt hätte, genau in 25 Jahren würde ich dem Architekten der neuen Friedenspolitik und dem künftigen Friedensnobelpreisträger im ehemaligen Reichstagspräsidentenpalais – damals noch jenseits der Mauer – für seine historische Leistung die Ehrenmedaille für Versöhnung und Verständigung der Senioren-Union überreichen, dann hätte ich mir in der Tat ausschließlich über den Gesundheitszustand des Auguren meine Gedanken gemacht. Und doch ist die Geschichte so und nicht anders verlaufen. Wenn ich Ihnen als großen Freund unseres Landes nun im Namen der Senioren-Union unsere Medaille überreichen darf, dann werde ich diesen Augenblick als einen der bedeutendsten meines politischen Lebens empfinden, für den ich sehr dankbar, aber auf den ich auch sehr stolz bin und gewiss auch die Nachfahren meiner Familie stolz bleiben werden.“

AUS DER SENIOREN-UNION

Nachruf:

Der Versöhnung verpflichtet

In Berlin ist im Alter von 86 Jahren die um die Senioren-Union verdiente Waltraud Mehling gestorben. Die ehemalige ev. Gemeindegliederin gehörte zu den Ersten, die die Senioren-Union im Osten gründeten: Am 18. April 1990 wurde sie zur Stellvertretenden Vorsitzenden auf „DDR“-Ebene gewählt; im Kreisverband Berlin-Mitte war sie im November desselben Jahres die Gründungsvorsitzende. In den Bundesvorstand gewählt, trat sie wiederholt leidenschaftlich

für die Belange älterer Bürger in den neuen Ländern ein, die sich durch die politischen Veränderungen aus der Bahn geworfen fühlten.

Unvergessen ist auch ihr tatkräftiges Eintreten für das Überleben jüdischer Bürger während der Nazizeit. Als Tochter des Hausmeisters im Alten Stadthaus am Molkenmarkt wusste sie nicht nur vom Versteck verfolgter Juden im Kellergeschoss, sondern half mit, die auf dem Jüdischen Friedhof



Foto: S. Krüger

Waltraud Mehling (re.) im Kreis des Vorstandes der Senioren-Union der „DDR“ im September 1990

Weißensee ausharrenden Juden mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Bis zum Nachlassen ihrer Kräfte im Alter setzte sich Frau Mehling engagiert für die jüdisch-christliche Aussöhnung und Zusammenarbeit ein. Viele Mitstreiter der „ersten Stunde“ bewahren ihr ein dankbares Andenken. (uw)

Das Geheimnis der Versöhnung ...

heißt erinnern, so die Senioren-Union in Haltern am See am nördlichen Rand des Ruhrgebietes. Sie pflegt die Gräber polnischer Zwangsarbeiter auf dem Sixtus-Friedhof in Haltern und sieht sich in einer „verpflichtenden Schuld“ gegenüber, einer sogenannten Bringeschuld des Erinnerns für die Nachwelt“. Für die Grabanlage hat sie durch den niederländischen Künstler Jan Welm te Kulve eine Bronzetafel anfertigen lassen, auf dem der Text eingerahmt wird von einem Strick, der oben geöffnet und unten geknotet ist, als Zeichen eines vereinten Europas. Zu Allerheiligen 2014 besuchte der polnische

Konsul Dariusz Klaczko die Gräber und sprach mit Senioren-Union und Schülern der Gesamtschule Olfen, die an einem von Bundespräsident Gauck ausgelobten Geschichtswettbewerb teilgenommen hatten. Klaczko zeigte sich beeindruckt: „Das ist eine der schönsten Grabanlagen dieser Art, die ich je gesehen habe.“



27. Bundesparteitag der CDU:

Auf nach Köln ...

Der 27. Bundesparteitag der CDU findet am 9. und 10. Dezember 2014 in der KölnMesse statt. Zum vierten Mal nach 1954, 1961 und 1983 kommt die CDU damit in die Domstadt am Rhein. Auf dem Programm steht u.a. die Neuwahl des gesamten Parteivorstandes. Auch die Senioren-Union wird selbstverständlich mit ihren Delegierten, inhaltlichen Ausrufezeichen in Form von Anträgen an den Parteitag sowie einem eigenen, neugestalteten Stand in den Messehallen vertreten sein. Wie in den vergangenen Jahren sind wieder alle Teilnehmer am Parteitag herzlich eingeladen, bei der Senioren-Union zum Netzwerken und Fachsimpeln zu verweilen.

Europäische Senioren Union (ESU):

Ritterkreuz des Lazarus-Ordens für Dr. Bernhard Worms



Chancen für mehr Vertrauen in die Politik

ESU-Präsidentin An Hermans sieht in den Wahlen zum Europäischen Parlament vom Frühjahr und der neuen EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker gute Chancen für ein ersprießliches Miteinander der Bürger Europas. Den in der ESU zusammengeschlossenen Verbänden älterer Bürger sind die „politische Beteiligung und Vertretung der Senioren im heutigen Europa“ – so der Titel eines Referats vor dem Präsidium in Leuven (Belgien) – ein wichtiges Anliegen, dem sich führende politische Akteure künftig nicht mehr verschließen können. Die ESU-Repräsentanten im EU-Parlament – Vizepräsident Heinz K. Becker aus Österreich und andere MdEPs in fortgeschrittenem Alter – werden künftig koordiniert vorgehen, an e i n e m Strang ziehen.

Im Heimatland Beckers ist für den Bundesobmann des Seniorenbundes (ÖSB), Prof. Dr. Andreas Khol, die Verschiebung des Gesetzes zum gleitenden Eintritt in das Pensionsalter auf nächstes Jahr „inakzeptabel“. Wie es im Magazin des ÖSB dazu heißt, sei der Seniorenbund deswegen „auf die Barrikaden gegangen“. Susanne Walpitschker, die stellv. Generalsekretärin, hebt hervor, dass sich auch die damit verbundene Einführung einer „Teilpension“ weiter verzögere, worauf Wirtschaft und Bürger gleichermaßen warteten. Für seine Kritik an Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) hat der ÖSB gute Argumente: Die österreichische Industrie braucht wieder ältere Arbeitnehmer, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Der Seniorenbund begleitet und fördert dieses Anliegen aus wirtschaftlichen Erwägungen und moralischen Beweggründen. Die Feststellung Christoph Neumeyers von der Industriellenvereinigung, dass „die Rolle älterer Mitarbeiter... für den Industriestandort Österreich ... noch zunehmen“ werde, bekräftigt der ÖSB-Vorsitzende, indem er bemerkt: „Die Beschäftigung Älterer ist der Schlüssel zur Sicherung des Pensionssystems.“ (uw)

Für langjähriges soziales Wirken in Deutschland und darüber hinaus hat Dr. Bernhard Worms (Köln) das „Ritterkreuz für Verdienste mit Stern“ des ökumenisch ausgerichteten christlichen Lazarus-Ordens (gegründet 1098 in Jerusalem) erhalten. Die Ehrung nahm S.E. Chevalier Edward B. White aus Kanada im Auftrag des spanischen Ordens-Großmeisters vor. Für die Feierstunde wurde die vor über 900 Jahren gegründete ehemalige Benediktiner-Abtei Brauweiler bei Köln ausgewählt, denn ihre Anfänge sind mit der Königin Richeza aus Polen verbunden, dem Nachbarland, dem sich das vom Orden gegründete Lazarus-Hilfswerk nach seiner Gründung 1971 zu Beginn der 80er-Jahre besonders verpflichtet gefühlt hatte: Ursprünglich als Fahrdienst für Behinderte im Raum Köln gegründet, brachten eigene LKWs über zehn Jahre lang – allein nach Polen zeitweilig mehrmals pro Woche – insgesamt über 28000 t Sachspenden in die von Hunger gezeichneten Länder des Ostblocks. Dabei waren Schikanen an den DDR-Grenzen keine Seltenheit.

Wie Chevalier Klaus-Peter Pokolm, Grand Prior des Ordens, hervorhebt, brachten es die von Bernhard Worms gewonnenen Mitstreiter sogar dazu, im jetzt russischen Königsberg i. Pr. (Kaliningrad) eine vom Bischof von Bamberg gestiftete Fertigteilkirche im Stadtzentrum zu errichten. Bis heute fühlt sich Worms, Ehrenvorsitzender der CDU-Senioren-Union und ehemaliger ESU-Präsident, mit aktiven und progressiven Kräften früherer Ostblockländer herzlich verbunden. So berät er den Projektleiter des in Oswiecim (Polen) entstehenden Friedenszentrums, Janusz Marszalek (Vorsitzender

der Polnischen Senioren-Union), und vermittelt ihm Kontakte zu potenziellen Förderern.

Für viele Ideen und Formen der Unterstützung – vor allem zur Vernetzung mit anderen Sozialverbänden und Einrichtungen – ist der Lazarus-Orden Bernhard Worms dankbar. Er hat erheblichen Anteil daran, dass es schon 1974 zur Eröffnung ambulanter und stationärer Pflegeeinrichtungen im Rheinland kam. Die Ehrung mit dem Ritter-Orden erfolgte im Rahmen des Ordensjubiläums in Anwesenheit von fast allen europäischen Ordensvertretern und aus vielen osteuropäischen Ländern. 50 Sänger des Königlich Niederländischen Chores „Oranje“ sorgten für den festlichen Rahmen der Veranstaltung. Besagte Auszeichnung ist nach Einschätzung des Grand Priors im Rang mit dem deutschen Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern vergleichbar; er sei „nach vielen Jahren bescheidener Mitarbeit ein offizieller Dank für christlich motiviertes Wirken zugunsten in Not geratener Menschen“.

Bernhard Worms wird auch künftig sein Netzwerk für humanitäre Dienste einsetzen. So bot er noch während des Festaktes spontan seine Unterstützung für die vom Geistlichen Protektor des Lazarus-Ordens, Seiner Seligkeit Patriarch Gregorios III. (Damasus), erbetene Hilfe zur Versorgung von 8000 Flüchtlingen aus Syrien an. Unter dem Eindruck der Botschaft des Patriarchen beschlossen die Festgäste nach dem Motto „Nicht reden, sondern handeln“ auf Vorschlag von Dr. Jürgen Rüttgers, in Zusammenarbeit mit dem Patriarchat eine Hilfsaktion für Flüchtlinge zu initiieren. (uw)

Dr. Bernhard Worms zwischen Ex-Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers und Dr. Karlheinz Gierden, Mitte Generalkaplan Msgr. Dr. Lothar Schlegel, rechts daneben Großkanzler White

Foto: Klaus-Peter Pokolm, Hürth





Gewalt in den Medien?

Mitverantwortlich sind wir alle!

„Gewalt in den Medien ist wie Gift, das in die Seelen träufelt“, sagt Gebhard Fürst, „Medien-Bischof“ der Evangelischen Kirche. Die Debatte läuft nun seit mehr als zwei Jahrzehnten ... ohne wirkliche Konsequenzen.

Es ist fast zwei Jahrzehnte her. Die Rambo-Filme hatten Einzug in die Republik gehalten. „Karate-Tiger“ und das „Killer-Krokodil II“ wurden hoffähig bei RTL. Auch andere Sender setzen verstärkt auf die „Gewalt-Karte“. Beobachtungen zunehmender Gewalt bei Jugendlichen wurden Auslöser für die Frage: „Brutalisiert das Fernsehen Heranwachsende?“ Film, Rundfunk, Comics, Presse, alle anderen Medien erwähnte man nur am Rande, das TV jedoch stand am Pranger. Wohl auch deshalb, weil man bereits zu Beginn der 1990er Jahre in Studien Gewalt im Fernsehen belegen konnte; 70 TV-Morde pro Tag, 2 700 Gewaltszenen pro Woche. In 48 % aller Sendungen, so damals Medienchef Jo Groebel, wurde mindestens einmal Aggression gezeigt. Auch auf die Folgen wurde hingewiesen. Medienwissenschaftler der Universität Dortmund beklagten den Montagshorror in den Kindergärten. Jede fünfte Spielhandlung der Kleinen wiederholte am Wochenanfang, was man am Wochenende im Fernsehen verfolgt hatte. Fast 70 % aller Bundesbürger, so eine Forsa-Umfrage damals,

verurteilten das Zuviel an Sex- und Gewaltszenen im TV.

Die Debatte erreichte bald auch die Politik. Während sich die Mehrzahl der Abgeordneten nur vorsichtig mit der Bürgerkritik solidarisierten, sich mit den Medienmächten nicht anlegen wollten, reagierte die zuständige Jugendministerin im Kabinett Kohl mit Klartext gegenüber den Verantwortlichen in den Sendern. „Sorgen Sie für eine Abrüstung auf dem Bildschirm! Was oftmals über Stunden auf Kinder einprasselt, ist aus meiner Sicht ein Albtraum!“ Der Name der Bundesjugendministerin: Angela Merkel. Zum Appell an die TV-Bosse hatte auch die Studie der Medienforschung 1994 beigetragen. Danach wird ein zwölfjähriger Schüler in Deutschland durchschnittlich Zeuge von 14 000 TV-Morden, ausgehend von einem täglichen Fernsehkonsum von über drei Stunden. Zur Sache selbst veröffentlichte die Bundesjugendministerin am 1. September 1994 einen Namensartikel mit der Fragestellung: „Gewalt in den Medien – Grund zur Resignation?“ Sie bezog Stellung gegen die zu-

nehmende Brutalisierung und trat für mehr Eltern- und Gesellschaftsverantwortung zum Schutz der Kinder ein. Grundlage ihres Beitrags war eine Studie über Gewaltprofile deutscher Fernsehanstalten, die u.a. feststellte, dass 47 % aller Fernsehsendungen Gewalt beinhalteten und in Programmen von ARD, ZDF, RTL, SAT.1, Tele 5 und Pro 7 wöchentlich 481 Mordszenen ausgestrahlt würden.

Heute, 20 Jahre später, scheinen die Appelle gut gemeint, aber ohne Wirkung geblieben. Im Gegenteil – die Anzahl von Gewaltdarstellungen in den audiovisuellen Medien hat noch zugenommen. Inzwischen ist in 58,2 % der Fernsehsendungen mindestens eine Darstellung von Gewalt vorhanden, wie Prof. Dr. Petra Grimm feststellt. Eine besorgniserregende, rasant steigende Tendenz. In nur 20 Jahren eine Zunahme von weit über 10 %. Mehr als jeder zweite TV-Beitrag zeigt eine gewalttätige Handlung. Körperliche und psychische Schäden von Menschen gehören zum alltäglichen Lebensumfeld des Zuschauers und werden sogar immer dominanter. Haben wir uns bereits an eine Gewaltgesellschaft gewöhnt? Auch ist ein nennenswerter Unterschied zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsendern nicht mehr festzustellen. Besorgniserregend ist besonders, dass gerade im Kinderprogramm und in den Zeiten, in denen Kinder

vor dem Fernseher sitzen, besonders viel Gewalt im Fernsehen gezeigt wird. Europaweit, so eine Untersuchung, sieht ein Kind durchschnittlich fast 100 000 Bilder von Gewalt in den Medien, ehe es 18 Jahre alt wird.

Weniger im Blickfeld, doch von gleichfalls brutalisierender Wirkung ist die Zunahme von Videoclips mit Inszenierungen von Gewalt und Sexualität, z.B. in HipHop-Videos. Hierzu wird häufig Gewaltausübung positiv belegt, in Clips, die vorrangig von Jugendlichen gesehen werden. Die Überbetonung von sexualisierter Körperlichkeit in Musikvideos vermittelt zudem ein fragwürdiges Bild von Geschlechterrollen.

Es hat aber nicht nur das Ausmaß an bildhaften Gewaltdarstellungen zugenommen. Auch der Fernsehkonsum der Kinder und Jugendlichen ist im Tagesdurchschnitt deutlich gestiegen. Jedes zweite Kind im Alter zwischen 9 und 14 Jahren besitzt einen eigenen Fernseher, wie das LBS-Kinderbarometer registrierte. 43 % der befragten Kinder geben an, täglich fernzusehen. Nur 2 % aller Kinder sehen nie fern. Kurzum: Das TV-Zeitalter hat unsere Kinder im Griff. Sie werden dabei zwangsläufig mit Gewaltdarstellungen konfrontiert, Gewaltgegenwärtigkeit ist die Folge.

Als ein potenziell besonders jugendgefährdendes Medium rückt immer mehr das Internet in den Mittelpunkt der Kritiker. Über die Hälfte aller Kinder im Alter zwischen 9 und 14 Jahren besitzt einen eigenen Computer. Für jede/n zweite/n Schüler/in öffnet der PC-Schirm die Tür auch zu Sex, Gewalt und politischem Radikalismus in voller Breite. Laut dem Kinderbarometer haben nur 5 % aller Kinder keinen Zugang zu einem Computer. 32 % der Kinder geben an, sie würden sehr oft Computer spielen. Ein Viertel der 12- bis 19-Jährigen, die das Internet nutzen, hat bereits online Gewalt erfahren, und fast die Hälfte hat Freunde und Mitschüler, die Seiten mit Gewaltdarstellungen kennen, wie Petra Grimm in ihrer Studie zum Umgang Jugendlicher mit gewalthaltigen Inhalten mit über 800 Teilnehmern im Auftrag der Landesmedienanstalten herausfand. 51 % der befragten Jugendlichen haben schon „Prügelvideos“, 42 % Fotos und Videos mit Krieg, Folter oder Hinrichtungen und 41 % Darstellungen von extremer bzw. brutaler Gewalt erlebt – und oft sitzen sie ganz allein und ohne elterlichen Beistand vor dem Bildschirm. Auch im Kino haben Kinder und Jugendliche Zugang zum „Konsum“ von Gewalt – trotz der Altersbegrenzun-

gen. In einem „Film-Test“ von 100 mit dem Etikett „FSK 12“ versehenen und zufällig ausgewählten Filmen fand die Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung heraus, dass sich in fast der Hälfte (46 %) der für Jugendliche ab 12 freigegebenen Filme Szenen mit expliziter Gewalt gegen Menschen, gut sicht- und hörbarem Sex und obszöner Sprache fanden.

Es droht eine Verrohung unserer Kultur. Gewalt wird akzeptiert. Schleichend kommt es zu einer Verharmlosung von Gewalt und zum Verlust moralischer Tabus. Doch es wäre zu undifferenziert, festzustellen, dass der Konsum von Mediengewalt automatisch zu realer Gewalt führt. Nicht jeder, der Gewalt im Fernsehen sieht oder Computerspiele „anwendet“, wird zum Gewalttäter oder Amokläufer. Viele Fachleute weisen auf die Bedeutung des Umfeldes der „Konsumenten“ hin. Wer allein vor dem PC sitzt, sich nicht austauschen kann, kommt eher in Not. Elterliche Aufsicht, Begleitung, sozialer Status und schulischer Erfolg spielen eine entscheidende Rolle. Die Erziehung ist Elternsache. Die Eltern fit und medienkompetent zu machen ist eine vorrangige Aufgabe unserer Gesellschaft. Ein familiär und freundschaftlich eingebundener Heranwachsender, der sich als Teil des gesellschaftlichen Lebens anerkannt fühlt und Erfolgserlebnisse in seinem Umfeld erfährt, wird durch das Anschauen eines Films mit Gewaltelementen oder durch ein Killerspiel am Computer kaum zu realer Gewalt animiert. Jemand, der hingegen mit seiner Situation in Schule und Beruf unzufrieden und sozial isoliert ist, wird durch Gewalt in den Medien in seiner potenziellen Aggressivität tendenziell unterstützt, so beurteilen die Medienforscher den Sachverhalt.

Gewalt in den Medien ist ein gesamtgesellschaftliches und kein rein medienpolitisches Thema und darf deshalb nicht auf die Medien reduziert werden. Was trotzdem bleibt, ist die Eigenverantwortung der Chefetagen in den Medienzentren, nicht nur auf die Quote fixiert zu sein. Gleichzeitig können wir das Problem nicht ignorieren und darauf hoffen, dass Gewaltdarstellung in den Medien keinerlei Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche hat. Was muss also geschehen, um zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche in den Medien mit einem solchen Maß an Gewalt konfrontiert werden, sich daran gewöhnen und dadurch abstumpfen?

Die Eltern sind zuerst gefragt. Nach einer

aktuellen Statistik gibt mehr als ein Drittel der 12- bis 19-Jährigen an, dass sie stets alleine online gingen; und mehr als zwei Drittel werden in ihrer Nutzungsdauer von ihren Eltern nicht kontrolliert, d.h., jedes zweite Elternpaar/Elternteil interessiert sich nicht oder nur selten für den Inhalt der betrachteten Internetseiten. Wie man es besser machen kann, zeigt die Aktion „Ein Netz für Kinder“ des BKM. Hier werden Positivbeispiele propagiert. Es ist darauf zu achten, Kindern frühzeitig einen Wertekanon zu vermitteln, damit sie aufwühlende Gewaltdarstellungen verstehen und verarbeiten können. Unter diesem Aspekt wäre es eine falschverstandene Freiheit, Schülern unter 14 Jahren einen eigenen Computer und Fernseher ins Kinderzimmer zu stellen. Medienkompetenz der Eltern ist gefordert.

Diese Forderung galt bereits vor 20 Jahren, als man die sogenannte „Weizsäcker-Kommission“ einrichtete. Ein vom damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker eingesetztes Gremium, das einen Bericht zur Lage des Fernsehens vorlegte. Auch als Konsequenz aus dem Appell der damaligen Jugendministerin Merkel. Einer der Vorschläge dieses Expertenkreises war die Schaffung eines Medienrates bzw. eine Stiftung Medientest nach dem Vorbild der Stiftung Warentest. Dieser Expertenausschuss sollte für alle Medien zuständig, beratend und unabhängig von bestehenden TV- oder Presseräten tätig sein. Ein Gremium, das aus anerkannten Persönlichkeiten unserer Republik und aus dem Medienbereich bestehen würde – ohne Akteure aus der Politik – dessen Handlungsmaxime Paragraph 1 unseres Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ sein würde und dessen Ziel es sein sollte, den scheinbar unaufhaltsamen Trend in den Medien zu immer mehr und immer brutalerer Gewalt – und damit ist das Internet eingeschlossen – endlich zu stoppen. ■

Der Autor:
Wolfgang Börnsen
(MdB a.D.)
ist stv. Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender der Senioren-Union in Schleswig-Holstein.





Doppelt hält besser:

Gesund durch den Winter mit zweifachem Impfschutz

Vorsorge gegen Grippe und Pneumokokken-Erkrankungen

Die kalte Jahreszeit ist auch Erkältungshochsaison. Neben einfachen Erkältungen steigt in dieser Zeit auch die Anzahl von Grippe- und Pneumokokken-Erkrankungen. Übertragen werden beide Krankheitserreger durch Tröpfcheninfektion – also zum Beispiel beim Niesen, Husten oder Sprechen. Bestimmte Personen haben ein erhöhtes Infektionsrisiko – hierzu zählen vor allem über 60-Jährige und Patienten mit chronischen Erkrankungen. Ein zweifacher Impfschutz gegen Grippe und Pneumokokken kann helfen, den Tücken der Erkältungssaison zu trotzen und gesund durch den Winter zu kommen.

Im Winter stellt der ständige Wechsel zwischen feuchter Kälte draußen und trockener Wärme drinnen eine echte Herausforderung für das Immunsystem dar. Erkältungen sind jetzt an der Tagesordnung. Bei ersten Symptomen wie Fieber und Gliederschmerzen kann leicht übersehen werden, wenn es sich einmal nicht um einen gewöhnlichen grippalen Infekt handelt, sondern man sich eine „echte“ Grippe eingefangen hat. Im Krankheitsverlauf entwickelt sich eine Influenza aber sehr viel heftiger und kann mitunter sogar zum Tode führen: An den Folgen einer Grippe sterben jedes Jahr weltweit rund 250.000 bis 500.000 Menschen. Besonders kritisch ist der kurze Zeitraum nach einer Influenza-Infektion – nicht selten kommt es innerhalb weniger Tage zu einer Folgeinfektion mit weiteren Krankheitserregern, zum Beispiel mit Pneumokokken. Die bakteriellen Erreger können schwerwiegende Erkrankungen wie eine Lungenentzündung, Hirnhautentzündung oder sogar eine Blutvergiftung auslösen. Jedes Jahr sterben unter anderem rund 1,6 Millionen Menschen weltweit infolge einer Pneumokokken-Infektion. Damit stehen Pneumokokken-Erkrankungen an Nummer eins der durch eine Schutzimpfung vermeidbaren Todesursachen.

Doppelter Impfschutz – Zweifache Unterstützung für das Immunsystem

Zur Vorsorge empfiehlt die Ständige Impfkommission des Robert Koch-Instituts

(STIKO) allen Erwachsene ab 60 Jahren die jährliche Impfung gegen Grippe sowie die einmalige Immunisierung gegen Pneumokokken.¹ Doch trotz der bestehenden Impfpflicht sind weniger als zwei Drittel der über 60-Jährigen gegen Grippe und weniger als ein Drittel der 65- bis 79-Jährigen gegen Pneumokokken geimpft.² Dabei sollten vor allem über 60-Jährige auf einen vollständigen Impfschutz setzen, da die körpereigene Immunabwehr im Alter nicht mehr so leistungsfähig ist wie noch in jungen Jahren. Eine Erkrankung bei älteren Erwachsenen verläuft zudem häufig langwieriger und schwerwiegender, sodass eine Genesung oft mehrere Wochen oder Monate dauert oder der vorherige Gesundheitszustand unter Umständen sogar nicht wieder erreicht werden kann. Unabhängig vom Alter rät die STIKO Patienten mit chronischen Erkrankungen wie Herz- und Atemwegserkrankungen oder Diabetes zur Impfung gegen Grippe und Pneumokokken, da für diese ein besonders hohes Risiko besteht. Die Kosten für die Grippe- und Pneumokokkenimpfung werden sowohl für über 60-Jährige als auch für chronisch Kranke von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen. ■

¹ Robert Koch-Institut. Epidemiologisches Bulletin 34/2014.
² Poethko-Müller C., Schmitz R.: Impfstatus von Erwachsenen in Deutschland – Ergebnisse der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS1). Robert Koch-Institut. Bundesgesundheitsblatt 2013, 56:845–857.

Mit freundlicher Unterstützung der Pfizer Pharma GmbH



Impf 2 ab 60: Doppelt hält besser

Das Risiko einer Infektion erhöht sich mit zunehmendem Alter: Ab 60 Jahren steigt neben der Wahrscheinlichkeit einer Infektion zudem die Schwere und Langwierigkeit einer Erkrankung im Krankheitsfall. Die STIKO empfiehlt daher allen über 60-Jährigen die Schutzimpfung gegen Grippe und Pneumokokken. Weitere Hintergrundinformationen zu den Erkrankungen sowie zur Prävention durch Impfungen bietet die Website www.impf2ab60.de.

Initiativen:

Die Rückkehr der Tante-Emma-Läden?

Vor allem in den ländlichen Regionen, aber auch in so mancher Innenstadt vermissen Senioren nahe gelegene Einkaufsmöglichkeiten. Der Lebensmitteleinzelhändler tegut versucht, mit Mini-Supermärkten diese Lücke zu füllen. Souverän sprach mit Stella Kircher, Leiterin der Unternehmenskommunikation.

Frau Kircher, 2010 eröffnete tegut den ersten Mini-Supermarkt namens „Lädchen für alles“. Welches Konzept steckt dahinter, und wie viele Lädchen gibt es aktuell?

Derzeit gibt es 25 tegut-Lädchen für alles. Das Konzept des Lädchens für alles basiert auf drei Säulen mit jeweils unterschiedlichen Dienstleistungen für die Kunden. Die Ausgestaltung dieser Angebote entscheiden Betreiber, Gemeinden und Bürger für sich: 1. Kerngeschäft (gute Lebensmittel, lokale Produkte); 2. Dienstleistung (Lotto, Paketservice, Reinigungsannahme, Kopierer ...); 3. Treffpunkt (Gespräche, Informationen, sozialer Kontakt, Veranstaltungen).

In vielen kleineren Dörfern und Gemeinden gibt es keine Lebensmittelläden mehr. Lebensqualität, Arbeitsplätze und Treffpunkte gehen verloren. Der Lösungsansatz für tegut ist die Initiative Lädchen für alles, kleine Nahversorgungsmärkte in ländlichen Gegenden und städtischen Quartieren. Das schafft Arbeitsplätze, stärkt die Dorfgemeinschaft und bündelt vielfältige Angebote unter einem Dach. Es entstehen Bildungs- und

Gesundheitsangebote – die Menschen begegnen sich. Das Angebot entwickelt sich aus den Bedürfnissen vor Ort. Das Ziel: möglichst viele Produkte und Services zusammenzufassen. Indem jede Gemeinde „ihren Marktplatz“ nach eigenen Wünschen gestaltet, werden die Akzeptanz und Teilnahme der Bürger, Vereine und Verbände gesichert. Neben den Lebensmitteln werden je nach den Bedingungen vor Ort Café, Reinigungsannahme, Lotto, Post Shop, Anzeigenannahme und vieles mehr angeboten.

Die Läden bieten auf 200 bis 300 Quadratmetern 2500 bis 4000 Produkte an, also nicht unbedingt ein Vollsortiment. Akzeptiert der Kunde das, und wie sieht die wirtschaftliche Bilanz bislang aus?

Um die Existenzfähigkeit zu sichern, braucht der Markt Akzeptanz, Teilnahme und das Engagement aller Bürger. Jeder Einzelne trägt mit seinem Kaufverhalten zum Erfolg bei. Durch soziale Nähe bietet der Treffpunkt den Bürgern die Möglichkeit, zwanglos zusammenzukommen, und reali-



siert lebendig gewordene Bürgernähe. Durch das vermehrte Engagement von Werkstätten für Menschen mit Handicap gelingt ein zusätzlicher Mehrwert: die Integration oftmals im Abseits stehender Menschen in die Gemeinschaft. Ein „Lädchen für alles und alle“ – in diesem Sinn wollen wir gemeinschaftlich den ländlichen Raum lebenswert erhalten. Natürlich sehen auch wir den Wettbewerb mit anderen Händlern. Viele Kunden sind nicht bereit, für das Mehr an Service auch mehr Geld zu bezahlen. Das Lädchen für alles bietet daher die Produkte nicht teurer an. Wir wollen ja, dass die Kunden vor Ort einkaufen können und nicht weite Strecken zum Discounter fahren.

Richten Sie Ihr Angebot in besonderer Weise an Senioren aus?

Vor allem ältere Menschen schätzen unseren Service des Lädchens sehr, da er viele Möglichkeiten bietet und leicht zu erreichen ist. Gemeinsam mit der Gemeinde vor Ort richten wir die Sortimente nach dem individuellen Bedarf aus. ■

Buchtipp:

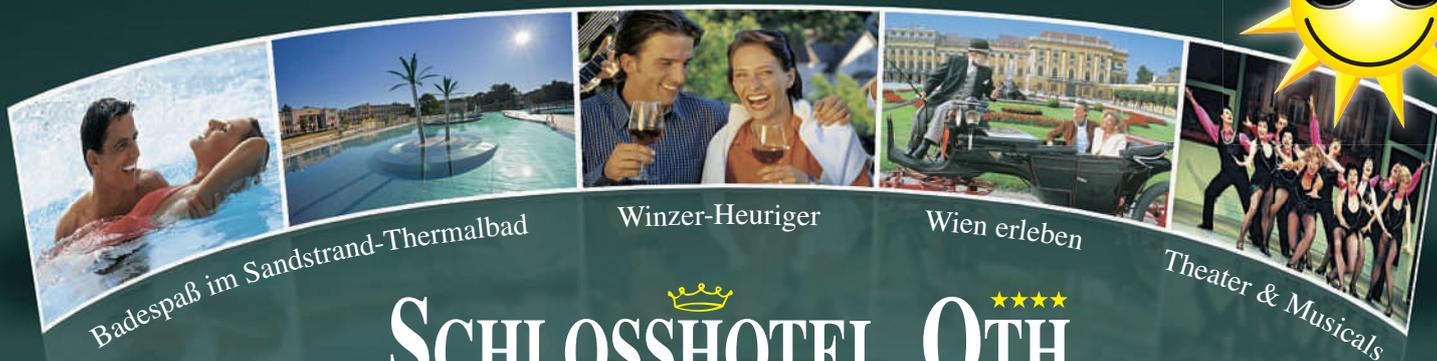
Vive l'Allemagne

Wo wir Deutsche uns oft schwertun, Gutes im eigenen Land zu entdecken, entwirft Alain Minc ein erfrischend anderes Bild der Bundesrepublik. Der 1949 geborene Franzose, dessen vier Großeltern im Holocaust umgebracht wurden, stellt sich damit der europäischen Kritik an der Bundesregierung entgegen: Europa könnte ein bisschen deutscher werden, so sein Credo. Gleichzeitig fordert der konservative Intellek-

tuelle aber auch, dass Deutschland nicht zu einer „großen Schweiz“ wird und seiner neuen Verantwortung in Europa entspricht. Alain Minc ist in Frankreich ein bekannter Intellektueller, Soziologe, Wirtschaftswissenschaftler und Politikberater. Er war Vorstandsmitglied zahlreicher Unternehmen, u.a. der führenden französischen Tageszeitung „Le Monde“, und enger Vertrauter des ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy. **Alain Minc: Vive l'Allemagne – Was Deutschland alles richtig macht – und was nicht**, Herder-Verlag, Freiburg 2014, ISBN 978-3-451-31206-9, € 16,99



WIEN erleben - im sonnigen BADEN wohnen!



Badespaß im Sandstrand-Thermalbad

Winzer-Heuriger

Wien erleben

Theater & Musicals

SCHLOSSHOTEL OTH ^{★★★★}

Wien erleben - in Baden wohnen

Beim Badener Sandstrand-Thermalfreibad, prächtigem Rosenpark & Wien-City-Bus
A-2500 Baden bei Wien, Schlossgasse 23, Tel: 0043 / 2252 / 44 436, Fax 44 900



Freuen Sie sich doch auf SCHLOSSHOTEL OTH in BADEN BEI WIEN- Ihrem idealen Ausgangspunkt für Theater, Konzerte, für schöne Ausflüge zu den berühmten Sehenswürdigkeiten im Wienerwald, Mayerling, Gumpoldskirchen, zum Schloß Schönbrunn, mit dem Donauschiff durch die Wachau, ins Burgenland zum Neusiedler See, in die Alpen, nach Bratislava, Ungarn, Budapest, etc.

Ideal auch für Ihre besondere WIEN-REISE mit Freunden!

Zentral und ruhig im Badener Villenviertel gelegen, nächst einem der prächtigsten Rosenparks Europas mit über 30.000 Rosen und beim imposanten SANDSTRAND-THERMALBAD (täglich freier Eintritt für unsere Gäste!), sowie gemütlich zu Fuß zum Winzer-Heurigen.

Mit dem TAG- und NACHT-EXPRESS-BUS geht´s bequem direkt ab Hotel nach WIEN-Zentrum/Altstadt/Fußgängerzone/Staatsoper und zur Wiener U-Bahn.

SOUVERÄN - Sonderpreis:

Im Doppelzimmer + Balkon, etc, pro Person:

7 NÄCHTE

inkl. Frühstück
bis 11 Uhr

€398,-

Einzelzimmerzuschlag 100,-

**Gleich
Infos
anfordern!**

**Verlangen Sie doch unverbindlich unseren
Hotelprospekt und weitere günstige Angebote!**
Einfach anrufen unter **Tel: 0043 / 2252 / 44 436**
oder per E-Mail an: **hotel@oth.info**

